

Unsere Alternative: Solidarität



ver.di-Positionen und die AfD

ver.di

Inhalt

Selbstverständnis der ver.di	3
-------------------------------------	---

Kapitel 1: ver.di contra AfD	4
-------------------------------------	---

1.1 Europa	4
------------	---

1.2 Die Rolle des Staates	4
---------------------------	---

1.3 Steuerpolitik	6
-------------------	---

1.4 Inklusion	7
---------------	---

1.5 Gleichstellungspolitik	8
----------------------------	---

1.6 Familie und Beruf	9
-----------------------	---

1.7 Migration und Integration	10
-------------------------------	----

1.8 Klima und Energie	11
-----------------------	----

Kapitel 2: Geschichte der AfD	12
--------------------------------------	----

2.1 Woher kommt die AfD?	12
--------------------------	----

2.2 Vorläufer der Alternative für Deutschland	16
---	----

Impressum

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

ver.di-Landesbezirk Bayern, Ressort C, Schwanthalerstr. 64, 80336 München.

Vi.S.d.P.: Norbert Flach. Redaktion: Peter Schmitt-Moritz.

Herstellung: freeStyle grafik Hannover + Eigendruck.

Kapitel 3: ver.di-Beschlüsse	21
-------------------------------------	----

3.1 Europa	21
------------	----

3.2 Der Sozialstaat	22
---------------------	----

3.3 Sozialversicherung	22
------------------------	----

3.4 »Reichen«steuer	23
---------------------	----

3.5 Einkommensteuer	24
---------------------	----

3.6 Steuern nach Leistungsfähigkeit	24
-------------------------------------	----

3.7 Gewerbesteuer	24
-------------------	----

3.8 Staatliche Investitionen	24
------------------------------	----

3.9 Schulsystem	25
-----------------	----

3.10 Inklusiv Gesellschaft	25
----------------------------	----

3.11 Gleichstellungspolitik	26
-----------------------------	----

3.12 Familie und Beruf	27
------------------------	----

3.13 Migration und Integration	27
--------------------------------	----

3.14 Klimawandel und Energie	28
------------------------------	----

Kapitel 4: Beschlüsse zur AfD	29
--------------------------------------	----

4.1 Gerecht geht anders! Unsere Alternative heißt Solidarität	29
---	----

4.2 Die AfD – keine Alternative für Erwerbslose	33
---	----

Kapitel 5: Zum Nachlesen	39
---------------------------------	----

Literatur zu Kapitel 2: Geschichte der AfD	39
--	----

Literaturverzeichnis	39
----------------------	----

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Populisten haben weltweit Hochkonjunktur. In Deutschland versteht sich die AfD als Partei für die Abgehängten dieser Gesellschaft. Vermeintlich oder tatsächlich Zukurzgekommene sollen die Schuld für ihre missliche Lage beim »Establishment« suchen und nicht merken, dass sie mit der Politik der AfD noch schlechter dran wären.

Wenn Gewerkschaftsmitglieder überproportional häufig AfD wählen, läuft etwas schief. Als Gewerkschaft sind wir zwar parteipolitisch neutral, aber unpolitisch sind wir nicht. Wir vertreten die Interessen unserer Mitglieder. Wählt ein Teil dieser Mitglieder Parteien, die ganz offensichtlich Arbeitsrechte, die Mitbestimmung oder gleich den ganzen Sozialstaat in Frage stellen, müssen wir handeln. Nicht indem wir jemanden ausgrenzen oder gar an den Pranger stellen, sondern durch Information, Aufklärung und Diskussion.

Zu diesem Zweck hat eine Arbeitsgruppe des ver.di-Landesbezirks Bayern diese Broschüre erarbeitet. Sie soll bei der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Positionen in ver.di und in der Gesellschaft helfen. Es ist zuletzt schwieriger geworden, die AfD zu »stellen«. Seit sie gemerkt hat, dass ihre Positionen zum Teil nicht salonfähig sind, verfasst sie weichgespülte Programme, gut zu sehen am Bundestagswahlprogramm 2017. Das hindert AfD-Funktionäre allerdings nicht an markigen Sprüchen. Und an denen erkennt man eben doch: Im Kern ist diese Partei arbeitnehmerfeindlich und rassistisch – und deshalb für Gewerkschafter keine Alternative.



Norbert Flach, stellvertretender Landesbezirksleiter ver.di Bayern

Selbstverständnis der ver.di

Entstanden als Selbsthilfe-, Bildungs- und Kampforganisation im Konflikt von Lohnarbeit und Kapital engagieren sich die Gewerkschaften für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen, materielle Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe. Um diese Ziele zu erreichen, handeln wir solidarisch und entfalten dadurch Gegen- und Gestaltungsmacht zugleich.

Gemeinsam stellen wir der Macht der Arbeitgeber die Macht der in ver.di organisierten Menschen gegenüber. In Tarifverträgen regelt ver.di die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den jeweiligen Branchen, meist auf dem Weg über Verhandlungen und wenn nötig auch über Arbeitskampf und Streik.

ver.di nimmt Einfluss auf den Staat, die Gesetzgebung und die Rechtsprechung ...

ver.di bringt die Menschenwürde in der Arbeit zur Geltung und trägt dazu bei, die allgemeinen Menschenrechte zu verwirklichen.

Wir wollen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft demokratisieren und setzen uns für gleiche Teilhabemöglichkeiten von Frauen und Männern ein. Wir kämpfen gegen jede Form von Ausbeutung, Unterdrückung, Diskriminierung und Rassismus.

Unsere Werte Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Solidarität leiten unser Handeln. Sie sind unverzichtbar für eine menschenwürdige Gesellschaft und einen demokratischen Staat. Darin setzt ver.di die Tradition der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung fort.

aus der ver.di-Grundsatzerklärung vom 18. März 2010

Kapitel 1: ver.di contra AfD

1.1 Europa

- **ver.di-Beschluss** ver.di fordert ein demokratisches, soziales Europa. Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen, nicht die Wirtschaft. Der europäische Binnenmarkt braucht europaweit gültige soziale Standards. Das Mitbestimmungsrecht des Europaparlaments, der nationalen Parlamente und europäischer Bürgerinitiativen muss gestärkt werden (siehe 3.1).
- **AfD: Ein Europa der Vaterländer** Wir stehen für die Freiheit der europäischen Nationen von fremder Bevormundung. ... Wir ... wenden uns ... entschieden gegen eine Transferunion und zentralistische Tendenzen. Die Politik in Europa ist durch eine schleichende Entdemokratisierung gekennzeichnet, die EU ist zu einem undemokratischen Konstrukt geworden, ... eine grundlegende Reform der EU erforderlich (Grundsatzprogramm 2016, 2.1).
- **AfD: Den Euroraum verlassen** Die weitere Mitgliedschaft in der Eurozone ist für Deutschland unbezahlbar. ... Deshalb muss

Deutschland die Transferunion aufkündigen und den Euroraum verlassen (Wahlprogramm 2017, 2.1).

- **AfD: Volksabstimmung über den Euro** Wir fordern, das Experiment EURO geordnet zu beenden. Sollte sich der Bundestag dieser Forderung nicht anschließen, muss über den Verbleib Deutschlands im Währungsverbund eine Volksabstimmung durchgeführt werden (Grundsatzprogramm 2016, 2.4).
- **ver.di-Kommentar** Die EU muss in der Tat demokratischer und sozialer werden. Das wird sie aber nicht, indem Nationalstaaten sich abschnitten. Im globalen Wettbewerb hat nur die EU als Ganzes eine Chance. Den Euro abzuschaffen, wäre ein gravierender Eingriff in die Wirtschaft: Die D-Mark würde massiv aufgewertet, deutsche Güter würden für das Ausland teurer, der Export bräche ein. Alle deutschen Gläubiger ausländischer Schuldner müssten zudem einen erheblichen Teil ihrer Kredite abschreiben. Ein solches Thema ist für eine Volksabstimmung auf jeden Fall zu komplex.

1.2 Die Rolle des Staates

- **ver.di-Grundsatzerklärung** Jeder hat das Recht, in Würde zu leben. Dafür zu sorgen ist Aufgabe des Staates. Er ist zuständig für soziale Absicherung, Gleichstellung und lebenslange Bildung. Für umweltverträgliches Wirtschaften und für gute Arbeit muss er die Standards setzen (siehe 3.2).
- **AfD: Schlanker Staat für freie Bürger** Nur ein schlanker Staat kann daher ein guter Staat sein. ... Der Staat hat sich verzettelt. Es bedarf neuer Konzentration auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung. Aufgaben jenseits dieser vier Kerngebiete bedürfen besonderer Rechtfertigung (Grundsatzprogramm 2016, 1.2).
- **AfD: Bürokratie abbauen** Unsere Wirtschafts- und Steuerpolitik sehen wir auch als Teil der Sozialpolitik. Ziel ist die Schaffung auskömmlicher Arbeitsplätze für alle dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Mitbürger. ... Hierzu planen wir folgende Maßnahmen: ... Regulierungen und Bürokratie

überprüfen und abbauen, um insbesondere die Belastungen für kleine und mittelständische Unternehmen zu verringern (Wahlprogramm 2017, 10.6).

Die AfD will ein investitions- und innovationsförderndes wirtschaftliches Umfeld. Wir wollen auf breiter Front deregulieren und Bürokratie abbauen. Mit Sorge beobachten wir zu viele und ineffiziente Regulierungen. Wir wollen ... Unternehmensgründern dadurch helfen, dass wir bürokratische Hindernisse beseitigen. Bürokratieabbau ... beinhaltet auch eine Überprüfung der Notwendigkeit bestehender Regeln (Grundsatzprogramm 2016, 10.5).

– **AfD: Arbeitsmarkt von unnötiger Bürokratie befreien** Das ... Arbeitsrecht ist in zahlreiche Einzelgesetze aufgespalten ... Zudem sind ungezählte Einzelfragen Gegenstand einer unübersichtlichen und regional unterschiedlichen Einzelfallrechtsprechung, welche eine angemessene Berechenbarkeit der Rechtslage kaum mehr möglich macht. Daher ist es dringend geboten, ein Arbeitsgesetzbuch zu schaffen, das sowohl die Einzelgesetze systematisch zusammenführt als auch der überbordenden und uneinheit-

lichen Rechtsprechung ein Ende bereitet (Grundsatzprogramm 2016, 5.1).

■ **ver.di-kommentar** Viele der vermeintlich störenden gesetzlichen Regelungen garantieren soziale oder ökologische Standards. Wer sie abschafft, öffnet der Ausbeutung Tür und Tor. Das gilt für die Arbeitsmarktpolitik genauso wie für die Sozialpolitik. Die Gesetze zum Schutz Erwerbstätiger und die Rechtsprechung sind nicht uneinheitlich, sondern ausdifferenziert – nur so werden sie dem Einzelfall gerecht.

In den Augen der AfD gehört Sozialpolitik nicht zu den Kernaufgaben des Staates. Wenn der Staat aber nur noch Geld für Sicherheit, Justiz, Außenpolitik und Finanzverwaltung ausgeben darf und alles andere unter Vorbehalt gestellt wird, wird ein wesentliches Prinzip des Grundgesetzes in Frage gestellt: der Sozialstaat. Auf keinen Fall dürfen elementare Dinge wie Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe und weitere Unterstützung für Bedürftige abgeschafft werden (siehe 3.3).

– **AfD: Bundesagentur für Arbeit auflösen** Die AfD will die Bundesagentur für Arbeit auflösen ... Danach gibt es nur noch einen öffentlichen Dienstleister am Arbeitsmarkt:

das kommunale Jobcenter. Das entspricht einer flächendeckenden Ausdehnung des bereits praktizierten »Optionsmodells« bei Leistungen nach dem SGB II (Grundsatzprogramm 2016, 5.2).

– **AfD: Finanzielle Benachteiligung von Familien beseitigen** Deutschland hat die niedrigste Geburtenrate in ganz Europa. ... Wenn wir ... nicht gegensteuern, werden unsere Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungssysteme zusammenbrechen. ... Die AfD steht für grundlegende Reformen zum Wohle Deutschlands. Das betrifft auch die Sozialversicherungen. Nur so können die Systeme auch zukünftig leistungsfähig bleiben. Die hohen Abgaben wirken sich negativ auf die Einkommen der Arbeitnehmer aus. Auch der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands leidet darunter (Grundsatzprogramm 5.4.1).

– **AfD: Aktivierende Grundsicherung** Die AfD will eine »Aktivierende Grundsicherung« als Alternative zum Arbeitslosengeld II ... Dabei schmilzt der staatliche Unterstützungsbetrag der Grundsicherung mit wachsendem Einkommen immer weiter ab. ... Missbrauchsmöglichkeiten sind auszuschließen (Grundsatzprogramm 2016, 5.4.2).

■ **ver.di-Kommentar** Die AfD will Probleme, die der demografische Wandel angeblich verursacht, durch Einschnitte ins Sozialversicherungssystem lösen. Die Sozialversicherung hat sich allerdings bewährt: Durch die gesetzliche Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung trägt die Gesellschaft die allgemeinen Lebensrisiken solidarisch. Niedrigere Sozialversicherungsbeiträge, wie sie die AfD fordert, führen entweder zu weniger Leistung oder sie erfordern zusätzlich private Vorsorge, die sich nur ein Teil der Erwerbstätigen leisten kann. Die (überwiegend) paritätisch finanzierte Sozialversicherung womöglich gar zu privatisieren, wäre ein gravierender Einschnitt in den Sozialstaat.

Wird die Agentur für Arbeit durch regionale Jobcenter ersetzt, ist die Qualität der Arbeitsvermittlung gefährdet. Ob und wie ein Erwerbsloser unterstützt wird, hängt dann nur noch von seinem Wohnort ab.

1.3 Steuerpolitik

»Reichensteuer«

■ **ver.di-Beschluss** Das Vermögen ist in Deutschland ungleich verteilt. Millionäre und Milliardäre sollen durch Vermögen- und Erbschaftsteuer mehr zum Gemeinwesen beitragen (siehe 3.5).

– **AfD: Vermögen- und Erbschaftsteuer abschaffen** Die AfD ist für eine Abschaffung der Erbschaftsteuer ... und gegen die Reaktivierung der Vermögensteuer (Wahlprogramm 2017, 10.1).

■ **ver.di-Kommentar** Die Vermögensteuer ist derzeit ausgesetzt. Die Erbschaftsteuer wurde in den vergangenen Jahren zu Gunsten von Unternehmen massiv reformiert. Beides muss zurückgenommen werden. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist schließlich nicht nur eine Frage des Einkommens, sondern auch des Vermögens.

Einkommensteuer

■ **ver.di-Beschluss** Der Grundfreibetrag soll steigen, der Spitzensteuersatz 50 Prozent betragen. Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen sollen steuerlich entlastet werden,

mit Gegenfinanzierung durch stärkere Belastung der höheren Einkommen (siehe 3.6.).

– **AfD: Gerechte Steuern durch AfD-Stufentarif** Wir wollen einen geänderten Einkommensteuertarif mit wenigen Stufen und einen deutlich höheren Grundfreibetrag (Grundsatzprogramm 2016, 11.1).

■ **ver.di-Kommentar** Noch wird das Einkommen in Deutschland progressiv (bis 42 Prozent) besteuert, d.h. wer mehr verdient, zahlt auch prozentual mehr. Ein Stufentarif käme hingegen vor allem Besserverdienenden zugute.

Gewerbsteuer

■ **ver.di-Beschluss** Die Gewerbsteuer ist zu einer Gemeindewirtschaftsteuer auszubauen, die die Steuereinnahmen für Kommunen auf eine breitere Basis stellt (siehe 3.7).

– **AfD: Gewerbsteuer überprüfen** Die AfD tritt für eine Reform der Finanzierung der Kommunen ein. In diesem Zusammenhang ist eine Überprüfung der Gewerbsteuer vorzunehmen ... Anstelle der Gewerbsteuer könnte den Kommunen ein Zugang zu anderen Steuerquellen ermöglicht werden. Die Ausgestaltung muss dem Prinzip der

Selbstverwaltung entsprechen (Grundsatzprogramm 2016, 11.4).

■ **ver.di-Kommentar** Die Gewerbesteuer ist seit 2002 umstritten, da sie konjunkturabhängig ist und sich schwer einplanen lässt. Sie ist dennoch eine wesentliche Säule der Finanzierung der Kommunen. So lange es keine bessere Alternative gibt, wird die Gewerbesteuer gebraucht.

Steuern und Abgaben

■ **ver.di-Beschluss** Steuern dienen auch der Verteilungsgerechtigkeit. Wer viel verdient und ein großes Vermögen besitzt, soll erheblich höhere Steuern zahlen als Vermögens- und Einkommensarme. Sämtliche Einkommensarten sind zu versteuern (siehe 3.6.)

– **AfD: Obergrenze für Steuern und Abgaben** Wir wollen ... die Staatsaufgaben ... reduzieren und den finanziellen Staatszugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger ... reduzieren. ... Analog zur Schuldenbremse wollen wir eine verbindliche Steuer- und Abgabenbremse im Grundgesetz, um die maximale Summe der Belastung auf einen bestimmten Prozentsatz im Ver-

hältnis zum Bruttoinlandsprodukt festzuschreiben (Grundsatzprogramm 2016, 11.2).

■ **ver.di-Kommentar** Eine Steuer- und Abgabenbremse führt zu geringeren Steuereinnahmen. Darunter würden vor allem Geringverdiener leiden, denn staatliche Leistungen wie Sozialhilfe, Elterngeld, Kindergeld, Jugendhilfe, Wohngeld usw. müssten dann wohl eingeschränkt werden. Außerdem würde Geld für Investitionen in Schulen, Straßen usw. fehlen (siehe ver.di-Beschluss zur Infrastruktur, 3.8).

1.4 Inklusion

Schule

■ **ver.di-Beschluss zum Schulsystem** Das mehrgliedrige Schulsystem soll durch gemeinsamen Unterricht mindestens bis zum mittleren Bildungsabschluss ersetzt werden (siehe 3.9).

– **AfD: Unser Schulsystem: Stark durch Differenzierung** Eine Politik, die eine nach unten nivellierende Einheitsschule anstrebt und dabei einen Qualitätsverlust in Kauf nimmt, bedroht die Zukunftsfähigkeit junger Menschen und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir befürworten uneinge-

schränkt das Leistungsprinzip. Schüler haben ein Recht darauf, in einem nach oben und unten durchlässigen Schulsystem Erfolge und Niederlagen zu erfahren.

Schüler haben unterschiedliche Begabungen und Bedürfnisse. Deshalb lehnt die AfD alle Arten von Gesamt- oder Einheitsschulen ab (Grundsatzprogramm 2016, 8.2).

– **AfD: Keine Inklusion um »jeden Preis«. Förder- und Sonderschulen erhalten**

Die Forderung, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist bereits umfassend und erfolgreich erfüllt. Die ideologisch motivierte Inklusion »um jeden Preis« verursacht erhebliche Kosten und hemmt behinderte wie nicht behinderte Schüler in ihrem Lernerfolg. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein. Die Eltern sollen auch weiterhin das Recht haben, ihre Kinder in diese Einrichtungen zu schicken (Grundsatzprogramm 2016, 8.2.6).

– **AfD: Politisch-ideologische Indoktrination darf es an der Schule nicht geben**

An deutschen Schulen wird oft nicht die Bildung einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische Übernahme ideolo-

gischer Vorgaben. ... Eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht lehnen wir ebenso entschieden ab wie die ideologische Beeinflussung durch das »Gender-Mainstreaming«. Das traditionelle Familienbild darf dadurch nicht zerstört werden. Unsere Kinder dürfen in der Schule nicht zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden (Grundsatzprogramm 2016, 8.2.4).

■ **ver.di-Kommentar** Die AfD hält am gegliederten Schulsystem fest, das Kinder und Jugendliche nach Leistungsfähigkeit sortiert. Sie erkennt nicht, dass die leistungshomogenen Klassen im gegliederten Schulsystem letztlich die von ihr beklagte Einheitsschule darstellen. Das Lernen in solchen Klassen fördert nachweislich schlechter als individualisierter, das heißt an persönlichen Bedürfnissen und Begabungen orientierter Unterricht. Die AfD ignoriert einschlägige wissenschaftliche Erkenntnisse. Dass die AfD Förderschulen nicht abschaffen, sondern den Eltern weiterhin die Wahl der Schulart überlassen will, unterscheidet sie nicht von der CSU.

Gesellschaft

■ **ver.di-Beschluss** ver.di strebt eine Gesellschaft an, die von vornherein die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigt und in der alle gleichberechtigt zusammenarbeiten und zusammenleben. Die UN-Behindertenrechtskonvention muss umgesetzt werden und gilt nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern für alle. Inklusion darf nicht am Geld scheitern, im Zweifelsfall muss der Bund die Bildung, die in der Hoheit der Länder liegt, mitfinanzieren dürfen (siehe 3.10).

– **AFD zur Inklusion** Hier fehlt ein Text der AfD, weil sie bei Inklusion nur an Förderschulen denkt. Dass Inklusion weit über die Schule hinausgeht und die gesamte Gesellschaft betrifft, ist der AfD offenbar nicht bewusst.

■ **ver.di-Kommentar** Inklusion bedeutet, dass grundsätzlich jede und jeder überall teilhaben kann. Niemand darf aus Gründen ausgeschlossen werden, die in seiner Person liegen (z.B. Geschlecht, Religion, sexuelle Orientierung, Herkunft, Begabung, Leistungsfähigkeit). Die Gesellschaft muss sich an den Bedürfnissen des Einzelnen orientieren, nicht der Einzelne an dem, was die

Gesellschaft ihm zu bieten bereit ist. Indem die AfD Migranten ablehnt, Schüler nach Leistungsfähigkeit sortiert, Geschlechtergerechtigkeit als ideologisch bezeichnet und Heterosexualität über jede andere Form der sexuellen Orientierung stellt, lehnt sie eine inklusive Gesellschaft ab.

1.5 Gleichstellungspolitik

■ **ver.di-Beschluss** Die Politik muss Unternehmen dazu verpflichten, Frauen häufiger Führungspositionen anzubieten. Frauen müssen besonders gefördert werden, damit sie berufliche Chancen ergreifen können (siehe 3.11.)

– **AFD: Nein zu »Gender-Mainstreaming«** Die Gender-Ideologie und ... Quotenregelungen ... sind zu stoppen. ... Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch »korrigiert« werden. Die AfD lehnt diese Geschlechterpädagogik als Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung ab. Die AfD lehnt Geschlechterquoten im Stu-

dium oder in der Arbeitswelt generell ab, da Quoten leistungsfeindlich und ungerecht sind und andere Benachteiligungen schaffen (Grundsatzprogramm 2016, 8.3).

■ **ver.di-Kommentar** Indem die AfD sich gegen Geschlechterquoten ausspricht, zeigt sie, dass sie von Gleichstellungspolitik nichts hält. Sie ignoriert, dass Frauen im Durchschnitt noch immer 21 Prozent weniger verdienen und 57 Prozent weniger gesetzliche Rente haben als Männer. Und sie ignoriert, dass nur wenige Frauen auf Führungspositionen sitzen.

1.6 Familie und Beruf

■ **ver.di-Beschluss** Arbeitgeber und Politik müssen alles dafür tun, dass Frauen nicht mehr der Familie zuliebe beruflich zurückstecken. Männer und Frauen sollen sich Familienarbeit und Erwerbstätigkeit fair aufteilen können. Dafür setzt sich ver.di bei Arbeitgebern und Politik ein (siehe 3.12.)

– **AfD: Bekenntnis zur traditionellen Familie als Leitbild** Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagschulen, ... untergraben die Familie als

wertegebende gesellschaftliche Grundeinheit. ... Ein falsch verstandener Feminismus schätzt einseitig Frauen im Erwerbsleben, nicht aber Frauen, die »nur« Mutter und Hausfrau sind. ... Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur traditionellen Familie als Leitbild. ... Es sollte wieder erstrebenswert sein, eine Ehe einzugehen, Kinder zu erziehen und möglichst viel Zeit mit diesen zu verbringen. Die AfD möchte eine gesellschaftliche Wertediskussion zur Stärkung der Elternrolle und gegen die vom »Gender-Mainstreaming« propagierte Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen anstoßen (Grundsatzprogramm 2016, 6.1).

– **AfD: Mehr Kinder statt Masseneinwanderung** Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegen gewirkt werden. Die ... Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung ... erreicht werden ... Im Jahr 2060 werden Prognosen des Statistischen Bundesamts zufolge nur noch 65 bis 70 Millionen Menschen in Deutschland leben gegenüber 81 Millionen 2015. ... Um den Auswirkungen dieses ... Trends ent-

gegenzuwirken, setzen die derzeitigen Regierungsparteien auf eine ... Masseneinwanderung hauptsächlich aus islamischen Staaten. Dabei hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass insbesondere muslimische Migranten in Deutschland nur ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau erreichen. Dass die Geburtenrate unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen, verstärkt den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur (Grundsatzprogramm 2016, 6.2).

■ **ver.di-Kommentar** Das Familienbild der AfD ist von gestern. Sie möchte eine Familie aus Vater, Mutter und – möglichst vielen – Kindern und wertet andere Lebensformen (Homo-Ehe, Patchwork-Familie, Alleinerziehende etc.) ab. Das Problem, dass die Einwohnerzahl in Deutschland trotz starker Einwanderung weiter sinken wird, sollen deutsche Frauen lösen, indem sie mehr Kinder bekommen. Das widerspricht dem Selbstbestimmungsrecht. Jede Frau muss selbst entscheiden können, ob sie Kinder haben möchte. Niemand darf sie moralisch unter Druck setzen.

1.7 Migration und Integration

Kulturelle Vielfalt

■ **ver.di-Beschluss** Alle hier Lebenden haben dieselben demokratischen Rechte. Es gibt dabei keinen Unterschied zwischen »uns« und »den anderen«. Migrantinnen und Migranten haben Anspruch auf Respekt vor ihrer Kultur, auf gesellschaftliche und politische Teilhabe. Einwanderer dürfen nicht danach klassifiziert werden, wie nützlich sie für die Wirtschaft sind (siehe 3.13).

– **AfD: Deutsche Leitkultur statt Multikulturalismus** Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur deutschen Leitkultur ... Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit (Grundsatzprogramm 2016, 7.2).

– **AfD: Der Islam gehört nicht zu Deutschland** In der Ausbreitung des Islam und der Präsenz von über 5 Millionen Muslimen, deren Zahl ständig wächst, sieht die AfD

eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung (Wahlprogramm 2017, 6).

■ **ver.di-Kommentar** Der Islam ist in Deutschland längst gesellschaftliche Realität. Hier leben rund viereinhalb Millionen Muslime. Sie sind sie Teil unserer Gesellschaft, ebenso wie ihr Glaube. Die Religionsfreiheit ist durch das Grundgesetz geschützt, alle Religionen können ihren Glauben frei ausüben. Die AfD bezeichnet den Islam als Bedrohung für die Gesellschaft und setzt ihn offenbar mit dem Islamismus gleich. So schürt sie religiöse beziehungsweise kulturelle Vorurteile.

Asyl und Einwanderung

■ **ver.di-Beschluss** Flüchtlinge haben das Recht auf Prüfung und gegebenenfalls Anerkennung ihrer Fluchtgründe. Asylrecht und Leistungen für Flüchtlinge dürfen nicht eingeschränkt werden. Auch durch die Freizügigkeit in der EU ist Migration bzw. Einwanderung mittlerweile normal. Wer seine Heimat verlassen hat, weil er musste oder weil er das wollte, soll in Deutschland die Chance zur Integration erhalten (siehe 3.13).

– **AfD: Deutschland ist kein Einwanderungsland** Deutschland ist aufgrund seiner geografischen Lage, seiner Geschichte, Bevölkerung und dichten Besiedelung kein klassisches Einwanderungsland, erst recht nicht als Ziel einer Masseneinwanderung, wie wir sie im Jahre 2015 erlebt haben. ... Der deutsche »Sonderweg« hingegen führt bisher fast ausschließlich zu einer Einwanderung in die Sozialsysteme und den Niedriglohnsektor, anstatt in den qualifizierten Arbeitsmarkt (Wahlprogramm 2017, 9).

– **AfD: Keine irreguläre Einwanderung über das Asylrecht** Die AfD setzt sich daher für eine vollständige Schließung der EU-Außengrenzen ein und fordert den aus politischen und anderen Gründen flüchtenden Menschen folgende Option anzubieten: ... In der Herkunftsregion von Flüchtlingsbewegungen ... werden Schutz- und Asylzentren in sicheren Staaten eingerichtet. ... Antragsteller in Deutschland und Europa sind ausnahmslos zur Rückkehr in diese Zentren zu verpflichten (Grundsatzprogramm 2016, 9.1).

– **AfD: Einwandererkriminalität – nichts verschleiern, nichts verschweigen** Nicht nur im Schlepptau der unregelmässigen Massenzuwanderung steigt die Kriminalität an. Gleiches gilt hinsichtlich fehlender Grenzkontrollen ... Doch Statistiken über den Asyl- oder Migrationshintergrund der Tatverdächtigen bzw. Täter werden aus politischen Gründen kaum geführt, geheim gehalten oder geschönt. Teilweise verschweigen oder verharmlosen öffentliche Stellen und Medien die durch die Asylzuwanderung verursachten Probleme. Eine Reform der Kriminalstatistik ist daher Ziel der AfD (Grundsatzprogramm 2016, 9.6).

■ **ver.di-Kommentar** Die AfD will das im Grundgesetz festgeschriebene individuelle Grundrecht auf Asyl einschränken und bürdet mit den Asylzentren alle Probleme den (angeblich) sicheren Herkunftsstaaten auf. Dabei nehmen schon jetzt die Nachbarländer der aktuellen Krisenregionen den größten Teil der Flüchtlinge auf, z.B. Libanon und Jordanien die syrischen Bürgerkriegs-

flüchtlinge. Die AfD hofft, mit Hilfe internationaler Verträge und Bündnisse Schutzsuchende loszuwerden. Das ist zynisch, und nicht nur deswegen, weil Deutschland durch seine Politik (Waffenlieferungen, klimaschädliches Verhalten, Zerstören landwirtschaftlicher Strukturen durch Billigexporte) viel zu den Fluchtursachen beigetragen hat und noch beiträgt.

Bei der Kriminalität stellt die AfD Migranten unter Generalverdacht. Ein Blick in die Kriminalstatistik zeigt, dass sie dort keineswegs überrepräsentiert sind. Dass sie öfter schwarzfahren oder Ladendiebstahl begehen, liegt am Geldmangel. Bei Kapitalverbrechen ergibt sich kein Unterschied zur Bevölkerung mit deutschem Pass. Einwanderungsland war Deutschland schon immer, auch wenn Politik und große Teile der Öffentlichkeit das lange nicht wahrhaben wollten.

1.8 Klima und Energie

■ ver.di-Beschluss zur Energiepolitik

Deutschland muss so schnell wie möglich aus der Kernenergie aussteigen. Bis 2020 muss der CO₂-Ausstoß um mindestens 40 Prozent sinken. Spätestens 2050 muss die gesamte Energie aus erneuerbaren Quellen stammen (siehe 3.14.).

– **AfD: Klimaschutzpolitik: Irrweg beenden, Umwelt schützen** Die Klimaschutzpolitik beruht auf hypothetischen Klimamodellen basierend auf computergestützten Simulationen des IPCC («Weltklimarat»). Kohlendioxid (CO₂) ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens (Grundsatzprogramm 12.1).

– **AfD: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist nicht reformierbar** Die Stromerzeugung muss sicher, kostengünstig und umweltverträglich sein. Dieser Dreiklang ... wurde aber mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aufgegeben. Das EEG und die Energiewende gefährden die Stromversorgung. ... Die AfD tritt dafür ein, das EEG ersatzlos abzuschaffen. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass

das als verfassungs- und europarechtswidrig eingestufte EEG vom Bundesverfassungsgericht geprüft wird (Grundsatzprogramm 12.2).

– **AfD: Kernenergie: Alternativen erforschen. Bis dahin Laufzeitverlängerung** Solange die Stromversorgung ... nicht gesichert ist, setzt sich die AfD dafür ein, eine Laufzeitverlängerung der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke übergangsweise zu gestatten. ... Wir wollen die Forschung zur Kernenergie sowie Reaktor- und Kraftwerkstechnik wieder erlauben (Grundsatzprogramm 12.6).

■ **ver.di-Kommentar** Die AfD leugnet trotz Tschernobyl und Fukushima die Gefahr durch atomare Anlagen. Sie leugnet auch, dass der Klimawandel menschengemacht ist und bezweifelt die Notwendigkeit der Energiewende.

Kapitel 2: Geschichte der AfD

2.1 Woher kommt die AfD?

Innerhalb von gerade einmal vier Jahren zog die Alternative für Deutschland (AfD) mit teils zweistelligen Ergebnissen in zehn Landesparlamente ein. Mit der Wahl in den deutschen Bundestag 2017 möchte sie endgültig zur erfolgreichsten Parteineugründung der Bundesrepublik werden. Doch ebenso wie andere politische Bewegungen kam die AfD nicht einfach aus dem Nichts. Sie verdankt ihren Erfolg spezifischen Bedingungen. Eine entscheidende Voraussetzung für die rasche Etablierung der AfD in der deutschen Parteienlandschaft liegt in den politischen Umbrüchen der vergangenen Jahre, welche gekennzeichnet sind durch die Krise zweier politischer Modelle: die Krisen des Neoliberalismus und des Rechtskonservatismus.

Die Krise des Neoliberalismus

Der Erfolg der AfD wäre kaum vorstellbar ohne die tiefgreifende Krise des neoliberalen Denkens im Zuge der Wirtschaftskrise 2007/08 und die folgende Euro- und Finanzkrise. Noch Mitte der Nullerjahre schien es, als

hätte sich auch in Deutschland der Neoliberalismus endgültig als die herrschende und unumstößliche Wahrheit der politischen Ökonomie durchgesetzt. Die letzten verbliebenen Verfechter einer nachfrageorientierten Wirtschaftstheorie verließen die Ministerien und Regierungsstellen, und mit der Agenda 2010 wurde der marktradikale Umbau der sozialen Sicherungssysteme und des Arbeitsmarktes beschlossen. Mit den Hartz-Reformen wurde der Weg geebnet für ein bisher nie gekanntes Wachstum des Niedriglohnssektors.

Anlässlich der Bundestagswahl 2005 richteten sich die Unionsparteien auf ein Bündnis mit der FDP aus. Zur gemeinsamen Regierungsübernahme bereitete ein von der Beratungsfirma McKinsey unterstütztes Schattenkabinett ein durch und durch neoliberales Programm vor, welches »das Ende der Sozialdemokratisierung der CDU« (Friedrich Merz) einläuten sollte.

Die Pflegeversicherung sollte in kapitalgedeckte Prämien überführt, die Umlagefinanzierung des Rentensystems beendet werden. Eigenheimzulage und Pendlerpauschale sollten ebenso der Vergangenheit angehören wie der

Kündigungsschutz. Dazu kamen die Kopfpause und eine großangelegte Steuerreform, die vor allem die Vermögenden noch reicher machen sollte. Auf Friedrich Merz' »Bierdeckelsteuer«, welche die progressive Einkommensteuer durch ein Stufenmodell von 12, 24 und 36 Prozent ablösen sollte, folgte Paul Kirchhofs bundesweit bekannt gewordene »Flat Tax« von 25 Prozent. Der Steuerrechtler und ehemalige Verfassungsrichter Kirchhof wurde als Schatten-Finanzminister im Expertenteam von Angela Merkel bei der Bundestagswahl 2005 zur Symbolfigur des marktradikalen Lagers. Zudem sollte der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen auf ein Minimum reduziert und dem »Gewerkschaftsstaat« der Kampf angesagt werden. Die Pläne gingen so weit, mit einer Beschränkung der Tarifautonomie in das Kerngeschäft der Gewerkschaften einzugreifen.

Unterstützung für dieses marktradikale Programm kam von einer Riege Volkswirtschaftsprofessoren und anderen Wirtschaftswissenschaftlern, die sich im Bundestagswahlkampf mit dem Hamburger Appell an die Öffentlichkeit wandten. Darin forderten sie eine weitere Senkung der Arbeitskosten und Löhne und warben für einen strikten Spar- und Stabili-

tätskurs. Initiiert wurde der Aufruf von den Hamburger Professoren Michael Funke, Thomas Straubhaar, der heute als Botschafter der Initiative Soziale Marktwirtschaft für einen weiteren Abbau der sozialen Sicherungssysteme wirbt und dem späteren AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke. Die Hoffnungen dieser neoliberalen Eliten auf einen schwarz-gelben Wahlerfolg, auf ein »Durchregieren« und ein Ende der »Sozialromantik« wurden am Wahlabend enttäuscht. Die Union wurde zwar stärkste Kraft und mit der Regierungsbildung beauftragt, für eine schwarz-gelbe Koalition reichte es jedoch nicht. Im Zuge der daraufhin gebildeten großen Koalition verloren marktradikale Hoffnungsträger wie Friedrich Merz oder Paul Kirchhof ihren Einfluss. Die von ihnen geforderte vollständige Liberalisierung der Sozialversicherungen blieb ebenso aus, wie der Kampf gegen die Gewerkschaften, was im marktradikalen Lager zu immer größer werdendem Unzufriedenheit führte. Deren Frust und Enttäuschung über die Große Koalition stieg noch durch die Weltwirtschaftskrise 2007/08 und die darauffolgenden Reaktionen der Bundesregierung. Im Zuge der Krise griff diese nämlich zunehmend auch auf nachfrageorientierte Konjunkturprogramme zurück.

Hinzu kamen aus marktradikaler Sicht unverantwortliche »ordnungspolitische Sündenfälle« wie die Bankenrettung. Eine Politik die sich, zum Unmut des neoliberalen Lagers auch während der schwarz-gelben Koalition fortsetzte. Die Euro-Krisenpolitik war es schließlich, die zum endgültigen Bruch der neoliberalen Hardliner mit Union und FDP führte. Zunächst versuchten sie noch durch die Unterstützung des von Frank Schäffler initiierten FDP-Mitgliederentscheides über die Eurorettung die Regierungsparteien von ihrem Euro-Rettungskurs abzubringen.

Nach Vorbild des Hamburger Appell wandte sich das von Bernd Lucke initiierte Plenum der Ökonomen mit einem offenen Brief an die Öffentlichkeit. Lucke gehörte 2005 bereits zu den Initiatoren des Hamburger Appell. 2010 veröffentlichte der Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg einen »Gründungsaufruf an alle deutschen Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre«, um das Plenum der Ökonomen ins Leben zu rufen. Mehr als 300 VWL-Professoren folgten dem Aufruf, unter ihnen prominente Wirtschaftswissenschaftler wie Hans-Werner Sinn, Volker Wieland oder Michael Burda. Nach 33 Jahren verließ Lucke aus Protest gegen die Euro-

rettungspolitik 2011 die CDU und gehörte zu den Mitgründern der Wahlalternative 2013 und später der Alternative für Deutschland, als deren Sprecher er aus dem Gründungsparteitag hervorging. Als Spitzenkandidat der AfD wurde er 2014 ins Europaparlament gewählt. Nachdem er beim Essener Parteitag 2015 durch Frauke Petry von der Spitze der AfD verdrängt wurde, gründete er die Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA).

Im offenen Brief zur Eurokrise des Plenums der Ökonomen, der kurz vor der Abstimmung über den europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) im Bundestag veröffentlicht wurde, sprachen sich mehr als 150 Wirtschaftswissenschaftler gegen die Euro-Rettung aus. Zeitgleich schlossen sich die verschiedenen neoliberalen Euro-Gegner in immer breiter werdenden Bündnissen zusammen, um den ESM zu verhindern. Trotz dieser Bemühungen ging der Mitgliederentscheid der selbsternannten Euro-Rebellen verloren und im Juni 2012 stimmte die große Mehrheit von Union und FDP im Bundestag der Euro-Rettung zu.

Im September schlossen sich die Gegner der Euro-Rettungspolitik in der Wahlalternative 2013 zusammen, die letztlich zur AfD führen

sollte. Ebenfalls an der Wahlalternative 2013 beteiligte sich ein anderer Kreis, der inzwischen mit CDU/CSU gebrochen hatte: das rechtskonservative Lager der Union.

Die Krise des Rechtskonservatismus

Beinahe zur selben Zeit wie der Neoliberalismus geriet auch der politische Konservatismus zunehmend in die Krise. Besonders deutlich wird dies am Bedeutungsverlust des national- bzw. rechtskonservativen Lagers in der FDP und insbesondere der CDU. Die Unionsparteien mussten zur Kenntnis nehmen, dass sich sowohl das Frauen- und Familienbild der Mehrheit der Bevölkerung gewandelt hatte als auch das Verständnis von Einwanderung und Migration. Diese Einsicht und die damit verbundene Neuausrichtung der CDU drückte sich auch immer öfter in Regierungshandeln aus. Sowohl während der Großen Koalition als auch unter Schwarz-Gelb wurden zahlreiche Regierungsvorhaben umgesetzt, die insbesondere im nationalkonservativen Unionsflügel auf Ablehnung stießen. Vor allem die Neuausrichtung in der Familienpolitik mit dem gesetzlich verankerten Recht auf Krippenplätze oder der Einführung des Elterngeld plus und den damit verbundenen Vätermonaten

stießen auf massiven Widerstand des rechtskonservativen Lagers.

Auch an der Migrations- und Integrationspolitik entlud sich der Streit zwischen Modernisierern und Traditionalisten in der Union. Im Sommer 2010 veröffentlichte der ehemalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin sein Buch »Deutschland schafft sich ab«. Seine rassistischen und sozialdarwinistischen Thesen lösten eine mediale Debatte aus, in der sich das nationalkonservative Lager der Union weitgehend hinter Sarrazin stellte. Doch auch in dieser Frage konnte es sich innerhalb der CDU nicht durchsetzen. Diejenigen in der Union, die statt auf ein völkisches Verständnis von Einwanderung auf eine von ökonomischen Nützlichkeitsabwägungen geprägte Migration setzten, behielten in der Auseinandersetzung die Oberhand. Der damalige Bundespräsident Christian Wulff (CDU) bezog im Rahmen seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit unter anderem zur von Sarrazins Thesen angestoßenen Diskussion um die Rolle des Islam Stellung und erklärte, dass auch der Islam zu Deutschland gehöre. Ein Affront gegen die Rechtskonservativen.

Diese begannen bereits seit 2007, sich unter recht konspirativen Gegebenheiten im Berliner

Kreis der CDU zu organisieren, um sich dem von ihnen ausgemachten »Linkstrend« der Christdemokraten entgegenzustellen. Neben einigen bekannten Unionspolitikern wie Erika Steinbach, langjährige Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, oder Wolfgang Bosbach, von 2000 bis 2009 stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Union, bestand der Zusammenschluss vor allem aus CDU-Politikern der zweiten und dritten Reihe. Unter ihnen auch die späteren AfD-Führungsfiguren Konrad Adam und Alexander Gauland.

Konrad Adam machte sich vor allem als stramm konservativer Journalist einen Namen. Von 1979 bis 2000 war er Mitglied der Feuilleton-Redaktion der Frankfurter Allgemeinen, von 2000 bis zu seinem Ruhestand 2007 Chefkorrespondent der Tageszeitung Die Welt in Berlin. Dabei machte er immer wieder mit seinen sozialdarwinistischen Thesen von sich reden. So machte er den Sozialstaat nicht nur für die steigenden Zahlen von Sozialhilfeempfängern verantwortlich, sondern auch für die sinkende Geburtenrate in Deutschland. Oder er plädierte dafür, denjenigen Gruppen, welche ihr Einkommen mehrheitlich vom Staat beziehen, wie Rentner und Arbeitslose, das Wahlrecht zu entziehen. Zuerst CDU-Mitglied,

schloss sich Adam der Wahlalternative 2013 und später der AfD an, zu deren Sprecher er beim Gründungsparteitag gemeinsam mit Frauke Petry und Bernd Lucke gewählt wurde.

Alexander Gauland gehörte seit 1973 der CDU an. Im Laufe seiner langjährigen Parteikarriere hatte er zahlreiche Ämter und Funktionen inne. So war er im Frankfurter Magistrat und im Bundesumweltministerium tätig und leitete die Hessische Staatskanzlei unter Ministerpräsident Walter Wallmann. Nach seinem Rückzug aus der Hessischen Staatskanzlei 1991 wurde er Herausgeber der Märkischen Allgemeinen und war nach der Wiedervereinigung für deren Neuausrichtung als konservative Tageszeitung verantwortlich. Durch sein publizistisches Wirken in verschiedenen überregionalen Medien, unter anderem in der FAZ, der Zeit, der Welt, der Frankfurter Rundschau und dem Tagesspiegel, und seine Buchveröffentlichungen wie »Anleitung zum Konservativsein« oder »Die Deutschen und ihre Geschichte« wurde er zum Vordenker des rechtskonservativen Lagers und zum Ideengeber des Berliner Kreises. 2013 trat er aus der CDU aus und schloss sich der Wahlalternative 2013 und später der AfD an. Auf dem Gründungsparteitag der AfD wurde er zum stellvertretenden

Sprecher der Partei gewählt. 2014 zog er als Spitzenkandidat der AfD in den brandenburgischen Landtag ein und wurde einstimmig zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Im März 2015 gehörte er zu den ersten Unterzeichnern der von Björn Höcke und André Poggenburg initiierten »Erfurter Resolution«, die einen stärkeren Rechtskurs der Partei forderte, und drängte gemeinsam mit Höcke, Poggenburg und Frauke Petry Bernd Lucke aus der AfD. Gauland zählt heute mit Poggenburg und Höcke zu den wichtigsten Bindegliedern zwischen der AfD und der radikalen Rechten.

2010 traten die Rechtskonservativen der CDU mit einem »Manifest gegen den Linkstrend« an die Öffentlichkeit und starteten die Kampagne Linkstrend stoppen. Für Gender-Mainstreaming, Multikulturalismus, Atomausstieg, gleichgeschlechtliche Partnerschaften, Abschaffung der Wehrpflicht und die Auflösung traditioneller Familienbilder machten sie vor allem Angela Merkel verantwortlich. Schon bei der Veröffentlichung des »Manifests gegen den Linkstrend« spekulierten Medien und Parteienforscher über eine neue Partei, die die Lücke füllen wolle, welche die CDU bei rechtskonservativen Wählern hinterlassen

haben. In verschiedenen Studien wurden einer solchen Partei immer wieder Sympathiewerte zwischen 15 und 25 Prozent prognostiziert. Eine »Sarrazin-Partei« war in aller Munde, und bei einer Emnid-Umfrage 2010 gaben 18 Prozent der Befragten an, dass sie sich vorstellen könnten, einer solchen Partei ihre Stimme zu geben.

Die Nationalkonservativen zögerten jedoch, sich endgültig von der Union abzuwenden. Schon in der Vergangenheit gab es mehrmals Versuche, eine Partei rechts der Union zu etablieren, die jedoch nach kürzester Zeit scheiterten. Erst als sich auch die marktfundamentalistischen Kräfte innerhalb der CDU und der FDP verstärkt einer Parteigründung zuwandten, sahen beide Lager die Chance für eine rechte Sammelbewegung, die schließlich in der AfD ihren Ausdruck fand. Beide wussten, dass sowohl eine ausschließlich rechtskonservative Partei als auch eine ausschließlich marktradikale Partei wenig Aussichten auf langfristigen Erfolg haben würde. Ein Bündnis zwischen rechtskonservativem und marktradikalem Lager zeichnete sich aber schon vor der Gründung der Wahlalternative 2013 ab.

2.2 Vorläufer der Alternative für Deutschland

Der Bund Freier Bürger

In ihrem Buch »Die rechten ›Mut‹-Bürger« weisen Alexander Häusler und Rainer Roeser zu Recht auf die »in vielerlei Hinsicht politische Gemeinsamkeit, inhaltliche Überschneidungen sowie zugleich personelle Kontinuität« zwischen der AfD und dem 1994 gegründeten Bund Freier Bürger (BFB) hin. Der Zusammenschluss abtrünniger Mitglieder der FDP und der Unionsparteien, der es sich zum Ziel gesetzt hatte, nach Vorbild der FPÖ Nationalliberalismus und Rechtskonservatismus zu vereinen, wurde vom ehemaligen bayerischen FDP-Landesvorsitzenden Manfred Brunner ins Leben gerufen. Bundesweit bekannt wurde Brunner, als er 1992 von EG-Kommissar Martin Bangemann (FDP) wegen seines Widerstands gegen den Euro als Kabinettschef entlassen wurde. Um die Maastrichter Verträge zu verhindern, zog Brunner daraufhin bis vor das Bundesverfassungsgericht, welches die Klage jedoch im Oktober 1993 abwies. Vertreten wurde er vor dem Bundesverfassungsgericht von Karl Albrecht Schachtschneider, der zu den Gründern der Wahlalternative

2013 gehörte und heute die AfD als Berater und theoretischer Stichwortgeber unterstützt.

Der Verfassungsrechtler Schachtschneider klagte noch mehrmals gegen den europäischen Einigungsprozess, unter anderem gegen die Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung, gegen den EU-Verfassungsvertrag oder gegen das Euro-Stabilitätsgesetz und betrieb später nicht nur Wahlkampf für die FPÖ, sondern war auch als Berater für die FPÖ-Abspaltung BZÖ tätig.

Schachtschneider ist nur ein Beispiel für die personelle Verknüpfung zwischen dem Bund Freier Bürger und der AfD. Nicht wenige Aktive des BFB sind später auch in der Wahlalternative 2013 und in der AfD anzutreffen. So zum Beispiel Joachim Starbatty. Er gehörte ebenfalls ab 1994 dem BFB an und war dessen wirtschaftspolitischer Sprecher und zeitweise auch stellvertretender Vorsitzender. Der Ökonom klagte ebenfalls mehrmals vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Europapolitik der jeweiligen Bundesregierung, so auch gemeinsam mit Karl Albrecht Schachtschneider 1997 gegen die Euro-Einführung und 2010 gegen das Euro-Finanzstabilitätsgesetz. Auch er war Gründungsmitglied der Wahlalternative 2013 und später Vorsitzender

des wissenschaftlichen Beirats der AfD. Bei der Europawahl 2014 zog er für die AfD ins Europaparlament ein. 2015 trat er jedoch aus der Partei aus und schloss sich Bernd Luckes neu gegründeter ALFA an.

Zu den Finanziers des Bundes Freier Bürger gehörte unter anderem der Investor August von Finck. Finck steht auf Platz zehn der reichsten Männer Deutschlands, und zu seinen Beteiligungen gehört unter anderem die Restaurant- und Hotelgruppe Mövenpick. Bekannt wurde er durch seine finanzielle Unterstützung für den Wahlkampf der FDP. Die umstrittene Senkung der Mehrwertsteuer auf Hotelübernachtungen zu Beginn der Legislaturperiode 2009 trug der FDP daher den Spottnamen »Mövenpick«-Partei ein. Daneben engagiert sich Finck jedoch bereits seit langem im Kampf gegen die europäische Integration und den Euro. So finanzierte er den Bund Freier Bürger einst mit 8,5 Millionen DM. Eine 2013 öffentlich gewordene Analyse der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung über die AfD vermutet August von Finck als einen entscheidenden Finanzier der Rechtspartei.

Der 1994 gegründete Bund Freier Bürger verschwand schnell in der Bedeutungslosigkeit. Die Europawahl 1994 sollte nach dem

Willen der Partei zur »Volksabstimmung über Maastricht« werden und Brunner kündigte ein zweistelliges Ergebnis an. Stattdessen scheiterte der BFB jedoch mit 1,1 Prozent kläglich an der 5-Prozent-Hürde. Im Folgenden setzte man immer stärker auf ein Bündnis mit der FPÖ und gab sich 1995 die Zusatzbezeichnung »Die Freiheitlichen«. Weder die Annäherung an die FPÖ noch die 1998 vollzogene Vereinigung mit der von dem FDP-Rechtsabweichler Heinz Kappel gegründeten Partei Offensive für Deutschland sorgte jedoch für einen höheren Wählerzuspruch. Trotz einer gemeinsamen Liste mit den Republikanern und der Initiative Pro-DM des Multimillionärs Bolko Hoffmann blieb ein Erfolg bei den Landtagswahlen in Thüringen aus. Im August 2000 löste sich der Bund Freier Bürger schließlich auf.

Auch wenn der BFB nicht über ein Nischen-dasein hinauskam und selbst in seinen Hochzeiten nie über mehr als 2000 Mitglieder verfügte, war es doch der erste ernstzunehmende Versuch, eine Sammelbewegung aus Nationalkonservativen und neoliberalen Hardlinern zu schaffen. Er bereitete so den Weg für die spätere AfD.

Die Zivile Koalition

Eine wichtige Rolle in der Zusammenführung des marktradikalen und des nationalkonservativen Lagers spielen die von Beatrix von Storch gegründete Zivile Koalition und das darum herum aufgebaute politische Netzwerk. In den Medien wird das von Beatrix von Storch und ihrem Ehemann Sven von Storch aufgebaute Netzwerk häufig als »deutsche Tea-Party« bezeichnet. Beatrix von Storch, geborene von Oldenburg, entstammt dem deutschen Hochadel. Die Oldenburgs gehören zu den bedeutendsten Herrschaftshäusern Europas, deren bekannteste Vertreter Königin Margarethe II von Dänemark, König Harald V von Norwegen, Königin Sophia von Spanien und der Ehemann von Queen Elisabeth II, Prinz Philipp, sind. Beatrix von Storch ist die Enkelin des letzten Erbgroßherzogs Nikolaus von Oldenburg, der sich der NSDAP anschloss und als SA-Standartenführer eine SA-Reiterstandarte kommandierte. Auch ihr Großvater mütterlicherseits, Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk, machte im Nationalsozialismus Karriere und war während der gesamten NS-Zeit Finanzminister unter Hitler. Er war zudem der einzige NS-Reichsminister, der bereits

während der Weimarer Zeit ins Amt kam und dort bis zum Ende des Dritten Reiches blieb.

Ihre politische Aktivität begann Beatrix von Storch gemeinsam mit ihrem heutigen Ehemann. Sie gründeten Mitte der neunziger Jahre den Göttinger Kreis – Studenten für den Rechtsstaat e.V., aus dem später die Allianz für den Rechtsstaat hervorging, um gegen die Anerkennung der nach dem 2. Weltkrieg in der DDR durchgesetzten Enteignungen von Großgrundbesitzern im Zuge der Wiedervereinigung zu protestieren. 2004 gründeten die von Storchs die Zivile Koalition. In seinem Buch »Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V.« gibt der Soziologe und Publizist Andreas Kemper einen Überblick über das verschachtelte rechtskonservative »Protestunternehmen«, das verschiedene Initiativen in einem Netzwerk vereint. Dazu gehört zum Beispiel das Institut für strategische Studien in Berlin, das wiederum Träger der Internetzeitung FreieWelt.net und der Internetportale Abgeordnetencheck, CivilPetition und Eucheck.org ist. Hinzu kommen die Initiative Familienschutz, Bürgerrecht direkte Demokratie und die Initiative Echte Reform jetzt. Wichtige Funktionen innerhalb des Netz-

werks werden beinahe ausschließlich von Verwandten der von Storchs und anderen Adligen wahrgenommen. Die verschiedenen Initiativen und Plattformen haben das gemeinsame Ziel, christlich-fundamentalistische und nationalkonservative Vorstellungen kampagnen- und mehrheitsfähig zu machen. Zu den wichtigsten Feindbildern des Netzwerks rund um die Zivile Koalition gehört die Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik. So engagiert sich die Zivile Koalition unter anderem für das Betreuungsgeld sowie gegen die Homo-Ehe und gehört zu den Protagonisten der Demo für alle und der Aufmärsche verschiedener Abtreibungsgegner.

Die Zivile Koalition und ihre Sprecherin Beatrix von Storch sind neben ihrer Funktion als christlich-fundamentalistische Pressure-Group auch ein wichtiges Scharnier zwischen dem rechtskonservativen und dem marktradikalen Lager. So gehört von Storch, ebenso wie andere Mitinitiatoren der Wahlalternative 2013 wie Joachim Starbatty, Charles B. Blankheit und Roland Vaubel, dem neoliberalen Think-Tank Friedrich A. von Hayek Gesellschaft an. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise legte die Zivile Koalition vor allem ab 2010 ihren Schwerpunkt immer stärker auf eine

Kampagne gegen die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung. Mit Politikerbefragungen über das Portal Abgeordnetencheck.de, Postkarten- und E-Mail-Aktionen oder Videoclips, in denen gegen den ESM-Vertragsentwurf polemisiert wurde, versuchte das Netzwerk, Stimmung gegen die Euro-Rettung zu machen und den marktradikalen Flügel der FDP um Frank Schäffler – wie von Storch Mitglied der Hayek-Gesellschaft – zu stärken. Laut der Zeitschrift Cicero gingen allein 2011 1,7 Millionen E-Mails aus dem »Protestunternehmen« an den Bundestag.

Als sich immer mehr abzeichnete, dass die Mehrheit der FDP den Plänen zur Eurorettung folgen würde, versuchte die Zivile Koalition, den Druck auf die Regierungskoalition noch einmal zu erhöhen und schuf mit dem Bündnis Bürgerwille ein Sammelbecken neoliberaler Eurogegner. Diesem gehörten neben der Zivilen Koalition auch zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler aus dem Plenum der Ökonomen wie Bernd Lucke, Vertreter mittelständischer Unternehmen, koalitionsinterne Abweichter wie der marktradikale FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler oder Hans-Peter Wilsch (CDU), aus dem Vorstand des Parlamentskreises Mittelstand der ehemalige Präsi-

dent des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Hans-Olaf Henkel, der Präsident des Bundes der Steuerzahler Karl Heinz Däke und der ehemalige sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt an. Im Mai 2012 beteiligte sich die Zivile Koalition an der von Frank Schäffler und Hans-Peter Wilsch ins Leben gerufenen Allianz gegen des ESM. Neben den schon im Bündnis Bürgerwille vertretenen Organisationen schlossen sich der Allianz auch die Vereinigungen Die Familienunternehmen ASU und Die Jungen Unternehmer – BJU an. Trotz aller Bemühungen der Zivilen Koalition und ihrer Verbündeten wurde der ESM-Rettungsschirm im Bundestag verabschiedet. Mit ihrem Versuch, Union und FDP doch noch auf einen strikt neoliberalen Kurs einzuschwören, war die Zivile Koalition um Beatrix von Storch gescheitert. Gemeinsam mit anderen enttäuschten Marktradikalen und Rechtskonservativen schloss sie sich daraufhin der Wahlalternative 2013 an.

Die Wahlalternative 2013

Im Laufe des Jahres 2012, nach dem Scheitern des von den Euro-Gegnern in der FDP initiierten Mitgliederentscheids zum ESM-Rettungspaket und ihrer Niederlage in der

Bundestagsabstimmung über den ESM-Vertrag, begannen große Teile des marktradikalen Lagers sich gemeinsam mit den Rechtskonservativen endgültig organisatorisch von der FDP und den Unionsparteien zu lösen. Im September 2012 vereinigten sich die zahlreichen Anti-Euro-Initiativen, rechtskonservativen Zirkel und marktradikalen Zusammenschlüsse zur Wahlalternative 2013. Zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufs gehörte das professorale Umfeld Bernd Luckes ebenso wie Alexander Gauland, Konrad Adam und andere Vertreter nationalkonservativer Netzwerke wie des Berliner Kreises, ehemalige BFB-Mitglieder wie Schachtschneider und Starbatty, Vertreter von Mittelstandsinteressen wie Gerd Robeaus von der CDU-Mittelstandsvereinigung und Günther Eder aus dem Beirat der Vereinigung Die Familienunternehmer oder Beatrix von Storch und ihr christlich-fundamentalistisches Netzwerk.

Ebenfalls unterzeichnet wurde der Aufruf vom Hans-Olaf Henkel. Nach seiner Ausbildung zum Speditionskaufmann und seinem Studium an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik war Henkel beim Computerriesen IBM in verschiedenen Managementfunktionen tätig und stieg bis zum Leiter von IBM in Europa, dem Mittleren Osten und

Afrika auf. Von 1995 bis 2000 vertrat er als BDI-Präsident des Bundesverbandes die Interessen der deutschen Großindustrie. Des Weiteren bekleidete er bis zu seinem Eintritt in die AfD Aufsichtsratsposten bei Branchenriesen wie Bayer, Continental, Daimler und Ringier. Bereits in der Vergangenheit machte Hans-Olaf Henkel immer wieder mit umstrittenen politischen Äußerungen von sich reden. So sprach er sich beispielsweise 2005 für ein Mehrheitswahlrecht aus, um so ein potenzielles »Linksbündnis« im Parlament zu verhindern. Henkel polemisierte auch von Anfang an gegen die Eurorettungs-Politik. Im November 2010 plädierte er in einem Artikel im Focus für die Aufspaltung des Euros in einen Nord- und einen Südeuro. In einem Beitrag für das Handelsblatt 2011 wettete er gegen die »Transferunion« und warnte vor einer Entwicklung zur »EUDSSR«. »EUDSSR« ist ein Kampfbegriff der radikalen Rechten, der mit der Zusammenfügung der Begriffe EU und UDSSR eine angeblichen Gleichmacherei innerhalb der EU suggeriert, die direkt in den Sozialismus führen würde.

Henkel kam zudem eine Scharnierfunktion zwischen marktradikalen Eliten und dem

rechtskonservativen Lager zu. So lobte er 2009 Thilo Sarrazins biologistische Thesen und bekannte sich dazu, den damals noch im Vorstand der Bundesbank sitzenden Sarrazin, »ohne Wenn und Aber« zu unterstützen. Als Sarrazin 2012 der deutsche Mittelstandspreis verliehen wurde, hielt Hans-Olaf Henkel die Laudatio. Zuvor hatte der ursprünglich als Laudator vorgesehene Günther Verheugen (SPD), der den Preis im Jahr zuvor verliehen bekam, abgesagt. Hans-Olaf Henkel sprang gerne ein und lobte Sarrazin als »deutschen Widerstandskämpfer im besten Sinne des Wortes«.

Nachdem für ihn enttäuschenden Kurs der großen Koalition und der schwarz-gelben Bundesregierung warb Henkel schon länger für eine Parteineugründung. Dazu schlug er nicht nur mehr Direktwahlen und Volksabstimmungen zum Beispiel über die EU vor, sondern auch die Abschaffung der Parteienlisten. Nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus warnte er die FDP, die er nach eigenen Angaben zum ersten Mal seit langem nicht gewählt hatte. »Die FDP muss damit rechnen, dass einer ganzen Gruppe von Leuten der Kragen platzt und diese Leute eine neue Partei gründen«, so Henkel gegenüber der Tagesschau.

Henkel trat nach Gründung der AfD zunächst nicht in die Partei ein, erklärte jedoch, sie unterstützen zu wollen. Im Januar 2014 wurde bekannt, dass Henkel doch Mitglied geworden war und auf dem zweiten Platz hinter Bernd Lucke für das Europaparlament kandidierte. Kurz vor der Wahl, bei der Henkel ins Europaparlament einzog, wurde bekannt, dass er den Wahlkampf mit einem Darlehen von einer Million Euro unterstützte. Nach der Spaltung der AfD auf dem Essener Parteitag schloss sich Henkel der ALFA an.

Inhaltlich richtete sich die Wahlalternative 2013 zunächst gegen die Euro-Politik der Bundesregierung. Im Gründungsaufwurf wandte sie sich gegen eine Abtretung von Souveränitätsrechten an die EU und gegen eine gemeinsame Währungspolitik. So hieß es: »Das einheitliche Euro-Währungsgebiet wird aufgegeben. Es steht allen Staaten frei, aus dem Euro auszuscheiden, sich in geeigneten Währungsverbänden (Nord- und Südeuro) zusammenzuschließen oder Parallelwährungen einzuführen.« Am 14. April versammelten sich schließlich in Berlin mehr als 1000 Menschen zum Gründungsparteitag der AfD. Zu den Sprechern der Partei wurden Bernd Lucke, Konrad Adam und Frauke Petry gewählt. Als Stellvertreter

fungierten Alexander Gauland, Patricia Casale und Roland Klaus.

Mit der Gründung der Alternative für Deutschland war die seit Jahren prognostizierte »Sarrazin-Partei« geschaffen, wenn auch ohne den ehemaligen Bundesbanker. Zum ersten Mal seit Gründung der Bundesrepublik schaffte es eine rechte Sammelbewegung, sich im politischen Parteienspektrum zu etablieren. Der AfD gelang es, sowohl markt-radikale Eliten als auch rechtskonservative Hardliner und christlich-fundamentalistische Aktivisten zu vereinen. Schnell stießen auch Protagonisten der extremen Rechten zur AfD. Dies führte zwar schon früh zu Spannungen und Verwerfungen zwischen den verschiedenen Lagern und ihren Protagonisten. Trotz innerer Querelen und Spaltungen, bei denen mehrmals das Ende der Partei vorhergesagt wurde, konnte die AfD jedoch stetig an Wählerzuspruch zuzulegen. Es ist daher nötig, sich nicht nur mit den Protagonisten und der Entstehungsgeschichte der AfD, sondern vor allem mit deren inhaltlicher Ausrichtung zu beschäftigen.

Kapitel 3: ver.di-Beschlüsse

3.1 Europa

Die ver.di-Forderung nach einem alternativen europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell bleibt ... unverändert aktuell, ebenso wie nach einer Demokratisierung der Europäischen Union. ... Der europäische Binnenmarkt darf kein Selbstzweck sein, sondern muss im Dienst der Menschen stehen, ihren Wohlstand fördern und ihre Arbeitsbedingungen sichern. Nötig ist eine Dienstleistungs- und Digitalisierungsstrategie, die Beschäftigung nicht nur unter dem Aspekt der Qualifizierungsnotwendigkeiten betrachtet, sondern gute Arbeit in den Mittelpunkt stellt. Insbesondere öffentliche Dienstleistungen sind keine Güter wie alle anderen, denn die öffentliche Daseinsvorsorge ist ein unverzichtbarer Eckpfeiler des europäischen Sozialmodells. ...

Die Zustimmung der Gewerkschaften zum europäischen Binnenmarkt war und ist daran gebunden, dass es eine flankierende Sozialpolitik gibt, die die negativen Effekte des verstärkten Wettbewerbs auf die Beschäftigten auffängt und zu einer Harmonisierung der Standards auf einem hohen Niveau führt. Ein

rein auf die Interessen der Wirtschaft ausgeichtetes Integrationsprojekt ist zum Scheitern verurteilt. Europaweite soziale Standards sind wichtiger als je zuvor – wegen der engeren wirtschaftlichen Integration, der verstärkten Mobilität, aber auch wegen technologischer und gesellschaftlicher Entwicklungen, auf die gemeinsame Antworten gefunden werden müssen (aus Antrag K 109, beschlossen beim ver.di-Bundeskongress 2015).

Die Diskussion über mehr Europa ging immer einher mit der Diskussion über eine gleichzeitige Demokratisierung der Europäischen Union.

ver.di fordert

- EU-Politik muss immer, auch in Krisenzeiten, demokratisch legitimiert sein und sich an geltende EU-Verträge (und die darin enthaltene Grundrechtecharta und Kompetenzordnung) halten, sie darf weder am Europäischen Parlament noch an den nationalen Parlamenten vorbeigehen.
- Die Europäische Gesetzgebung sollte sich wo möglich wieder verstärkt auf den politischen Rahmen konzentrieren, als Regelun-

gen bis ins kleinste Detail vorzuschreiben. Nationale Handlungsspielräume müssen erhalten bleiben, wenn es darum geht, die vorgegebenen Ziele von EU-Gesetzgebung flexibel entsprechend der jeweiligen nationalen Besonderheiten umzusetzen und auszugestalten. Die Bereiche, die in nationalstaatlicher Zuständigkeit liegen, dürfen nicht angetastet werden – dies gilt in besonderem Maße für die Lohnpolitik und die Tarifautonomie.

- »Bessere Regulierung« darf nicht zu einem Abbau von Demokratie führen. Die Entscheidung über Regulierung muss immer eine politische bleiben.
- Die Mitentscheidungsbefugnisse des Europäischen Parlaments müssen auf die Wirtschafts-, Währungs- und Steuerpolitik ausgedehnt werden, überdies fordern wir endlich das einem Parlament zustehende Initiativrecht zur Einbringung von Gesetzesvorschlägen. Der Gesetzgebungsprozess darf nicht unnötig abgekürzt werden, sondern muss unter größtmöglicher Beteiligung aller gesetzgeberischen Akteure transparent

erfolgen. Mehr Transparenz erfordert auch ein verpflichtendes Lobbyregister aller drei EU-Institutionen sowie eine ausgewogene und nachvollziehbare Besetzung von Berater- und Expertengruppen. Sämtliche Verhandlungsdokumente zu internationalen Handelsabkommen müssen veröffentlicht werden.

- Die Europäische Kommission muss die Anliegen erfolgreicher Europäischer Bürgerinitiativen angemessen umsetzen, überdies muss das Verfahren praxistauglicher ausgestaltet werden.

3.2 Der Sozialstaat

Alle Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Würde. Dafür muss der aktive Sozialstaat sorgen. Alle müssen gegen Armut und Not bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, in Kindheit, Jugend und im Alter ausreichend gesichert sein. Grundlage sozialer Sicherheit ist die gegenseitige Solidarität in der sozialen Sicherung.

Staatliche Leistungen müssen allen Menschen zur Verfügung stehen. Dem dient die öffentliche Daseinsvorsorge, die gestärkt und ausgebaut werden muss. Niemand darf auf private Fürsorge und Mildtätigkeit angewiesen

sein. Die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse muss gewährleistet werden.

Der aktive Sozialstaat muss die Beteiligung aller an einer lebensbegleitenden Bildung gewährleisten. Er muss in die Bildung investieren. Alle brauchen gleiche Bildungschancen, niemand darf benachteiligt und ausgegrenzt werden. Wir wollen ein gemeinschaftliches, von Gebühren freies Bildungswesen von der frühkindlichen Förderung, der Kindertagesstätte bis zu den Hochschulen. Lehre und Forschung müssen frei sein und ihre gesellschaftliche Verantwortung beachten.

Der Sozialstaat muss das Recht auf Ausbildung, berufliche Weiterbildung, kulturelle und politische Bildung verwirklichen. Berufliche und allgemeine schulische Bildungswege sind als gleichwertig anzuerkennen und durchlässig zu gestalten.

Nur ein aktiver Sozialstaat kann die öffentliche Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge garantieren: Er muss die öffentliche Infrastruktur und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen weiterentwickeln und damit Lebensqualität für alle sichern.

Er muss die Gleichstellung der Geschlechter und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durchsetzen und ermöglichen.

Seine Pflicht ist es, die Wirtschaft mit dem Ziel eines umweltverträglichen und nachhaltigen Wirtschaftens, des Beschäftigungsaufbaus und guter Arbeit zu regulieren (aus der ver.di-Grundsatzerklärung vom 18. März 2010).

3.3 Sozialversicherung

Das Gebäude der Sozialversicherungen in der Bundesrepublik Deutschland, das die »großen Risiken im Lebenslauf« durch Zwangsmitgliedschaft, Beitragspflicht und solidarische Finanzierung absichert, umfasst neben der Kranken- und der ihr angegliederten Pflegeversicherung die Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Sie alle sind als selbstverwaltete Körperschaften organisiert. Die soziale Selbstverwaltung ist Ausdruck der Verantwortung, die die Sozialpartner in der Bundesrepublik Deutschland für die Gestaltung der Sozialversicherungen übernehmen. Sie gewährleistet die aktive Nähe der Sozialversicherungen zu denen, die Anspruch auf ihre Leistungen haben und zu denen, die mit ihren Pflichtbeiträgen die solidarische Leistungsfinanzierung tragen.

Mit der Entscheidung für leistungsstarke beitragsfinanzierte und selbstverwaltete Sozial-

versicherungen ist eine der wesentlichen ordnungspolitischen Grundentscheidungen für einen starken bürgernahen Sozialstaat getroffen.

Die aktive Mitwirkung der Gewerkschaften in der sozialen Selbstverwaltung sichert eine wirkungsvolle Durchsetzung der Versicherteninteressen und gewährleistet gewerkschaftliche Mitgestaltung des Sozialstaats im Sinne gewerkschaftlicher Vorstellungen von Gerechtigkeit und Solidarität (aus Antrag F 080, beschlossen beim ver.di-Bundeskongress 2015).

Das Arbeitslosengeld II muss deutlich erhöht und Erwerbslose müssen vor Lohndumping und Zwang zu unzumutbarer Arbeit geschützt werden. Die Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld I sind zu erleichtern (aus Antrag D 001, beschlossen beim ver.di-Bundeskongress 2015).

3.4 »Reichen«steuer

Die Millionäre und Milliardäre in und aus der Bundesrepublik Deutschland müssen endlich einen ihren finanziellen Möglichkeiten angemessenen Beitrag leisten, um die Aufgaben des Gemeinwesens zu finanzieren und Belastungen aus der Bewältigung der Banken- und

Finanzkrise zu kompensieren. Zudem ist es notwendig, steuerpolitisch die fortschreitende Vermögenskonzentration zu bekämpfen. Das reichste Prozent der Bevölkerung, die etwa eine Million Millionäre in der Bundesrepublik Deutschland, besitzt rund ein Drittel des gesamten Nettovermögens. Bei der Besteuerung sind alle deutschen Staatsangehörigen heranzuziehen, auch wenn sie im Ausland wohnen.

ver.di fordert daher, eine dauerhafte Vermögensteuer wieder zu erheben. Sie soll auf Nettovermögen oberhalb eines Freibetrages von einer Million Euro je Person mit einem Steuersatz von einem Prozent einsetzen und mit einem halben Steuersatz auch Körperschaften besteuern. Das jährliche Steueraufkommen beträgt dann etwa 20 Milliarden Euro, die den Bundesländern zufließen und von diesen auch zur besseren Finanzierung der Kommunen verwendet werden sollen. Zusätzlich soll eine progressiv ausgestaltete einmalige Vermögensabgabe der Millionäre, gestreckt über zehn Jahre, erhoben werden. Sie würde insgesamt 300 Milliarden Euro einbringen und Belastungen des Bundes finanzieren, die infolge der Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise entstanden sind. Der Vorschlag knüpft an die Idee des Lastenausgleiches an, wie er nach

Gründung der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wurde.

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer soll nicht nur einen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten, sondern ebenso der zunehmenden Ungleichheit der Vermögensverteilung entgegenwirken. Deshalb müssen insbesondere die Erben von Großvermögen erheblich höher besteuert werden. Das Aufkommen der Erbschaftsteuer in der Bundesrepublik Deutschland ist relativ zu dem großen Umfang und der Konzentration der jährlich vererbten oder verschenkten Vermögen viel zu gering. Die sehr großen Vermögen liegen überwiegend als Eigentum an Unternehmen bzw. Unternehmensanteilen, land- und forstwirtschaftlichem Vermögen oder Immobilien vor. Die weitgehende Steuerbefreiung der Übertragung dieser Vermögen ist abzuschaffen. Zur Vermeidung von arbeitsplatzgefährdenden Zahlungsproblemen reicht es aus, nötigenfalls die Steuerzahlung zu stunden oder auf längere Zeiträume zu verteilen. Eine solche Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer kann und muss das jährliche Steueraufkommen mindestens auf etwa zehn Milliarden Euro verdoppeln (aus Antrag J 004, beschlossen beim ver.di-Bundeskongress 2015).

3.5 Einkommensteuer

Bei der Einkommensteuer will ver.di durch eine deutliche Erhöhung des Grundfreibetrages und eine Abflachung des Anstiegs der Besteuerung im unteren Bereich Steuerpflichtige mit niedrigem und mittlerem Einkommen entlasten. Der Spitzensteuersatz soll auf 50 Prozent (53 Prozent mit Reichensteuer) erhöht werden. Die Abgeltungsteuer von nur 25 Prozent soll abgeschafft und Kapitalerträge sollen wieder progressiv im Rahmen der Einkommensteuer belastet werden. Gewinne sollen realistischer erfasst und besteuert werden. Die Entfernungspauschale soll so reformiert werden, dass Beschäftigte mit geringem Einkommen bei gleichem Fahrtweg genauso stark entlastet werden wie solche mit hohem Einkommen. Insgesamt soll die Einkommensteuerreform ohne Einnahmeverluste gestaltet werden, das heißt Entlastungen für die Mehrheit der Beschäftigten müssen durch höhere Besteuerung der hohen Einkommen gegenfinanziert werden. Dies gilt auch für Reformen zum Ausgleich der kalten Progression (aus Antrag J 004, beschlossen beim ver.di-Bundeskongress 2015).

3.6. Steuern nach Leistungsfähigkeit

Steuerpolitische Reformen müssen daneben das Ziel verfolgen, der sehr hohen Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung entgegenzuwirken. Die Besteuerung muss sich vorrangig nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen richten, so dass einkommensstarke und vermögende Personen auch prozentual erheblich stärker beitragen als Einkommensschwächere. Diese progressive Besteuerung muss sich auf alle Einkommensarten der Personen beziehen, auch auf unternehmerische Einkommen und Kapitalerträge. Auch nicht ausgeschüttete Gewinne müssen angemessen besteuert werden, da sie das private Vermögen vermehren.

Alle in der Bundesrepublik Deutschland produzierten oder von Deutschen erworbenen Einkommen müssen vollständig der Besteuerung unterliegen, Steuerflucht und Steuerbetrug müssen wirksamer als bisher bekämpft werden (aus Antrag J 004, beschlossen beim ver.di-Bundeskongress 2015).

3.7 Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer ist zu einer Gemeindefortschrittsteuer auszubauen, die die Steuereinnahmen für Kommunen auf eine breitere Basis stellt (aus Antrag J 004, beschlossen beim ver.di-Bundeskongress 2015).

3.8 Staatliche Investitionen

Auch im Bereich der öffentlichen Infrastruktur sind massive Fehlentwicklungen unübersehbar. In den Schulen bröckelt der Putz. Den Krankenhäusern fehlt Personal genauso wie neues medizintechnisches Gerät. Die Straßen sind voller Löcher. Brücken drohen einzustürzen und müssen immer öfters gesperrt werden. Und auf dem Land lahm das Internet. Unser Wohlstand ist in Gefahr.

Die Bundesrepublik Deutschland fährt auf Verschleiß. Unternehmen und Staat investieren zu wenig. Die Investitionsquote – Anteil der Bruttoinvestitionen am Sozialprodukt – liegt bei niedrigen 17 Prozent. Vor über 20 Jahren wurde noch fast jeder vierte Euro investiert. Besonders dramatisch schrumpfen die öffentlichen Investitionen. Die staatlichen Nettoinvestitionen – Bruttoinvestitionen abzüglich

Abschreibungen – sind seit 2003 im roten Bereich. Es wird also nicht genug investiert, so dass die öffentliche Infrastruktur verfällt. Dies bedroht inzwischen sogar die wirtschaftliche Entwicklung. Diese ist auf eine funktionierende öffentliche Infrastruktur angewiesen.

Öffentliche Investitionen sind hocheffizient und fördern Wachstum und Produktivität.

Für jeden investierten Euro steigt das Bruttoinlandsprodukt um bis zu bis 1,80 Euro. Die öffentliche Infrastruktur ist mehr als Verkehr, Energie und Telekommunikation. Zur öffentlichen Infrastruktur gehören auch die Bildung, das Gesundheitswesen und weitere soziale Dienstleistungen. Als gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen sind sie für das Wohlergehen der Menschen unverzichtbar. Inzwischen dokumentiert eine Vielzahl von Studien den entstandenen Investitionsstau.

Allein in Kitas, Schulen und Universitäten müssen bis zu 45 Milliarden Euro jährlich investiert werden. Der Investitionsbedarf bei öffentlichen Krankenhäusern ist auf 50 Milliarden Euro angewachsen. Die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude erfordert 75 Milliarden Euro. Um die Verkehrsinfrastruktur zu erhalten und den öffentlichen Verkehr zu modernisieren, bedarf es jährlicher Investi-

tionen in Höhe von zehn Milliarden Euro. Der kommunale Investitionsstau beläuft sich auf einen dreistelligen Milliardenbetrag. Darüber hinaus gibt es sozialpolitischen Finanzierungsbedarf (weniger Altersarmut, Jugendarbeit, Gesundheit, bezahlbares Wohnen etc.) von 35 Milliarden Euro pro Jahr (aus Antrag D 001, Beschluss des ver.di-Bundeskongresses 2015).

3.9 Schulsystem

ver.di fordert eine Abkehr vom mehrgliedrigem Schulsystem. ver.di setzt sich für ein gemeinsames Lernen aller Schülerinnen und Schüler nach integrativen Konzepten mindestens bis zum mittleren Bildungsabschluss ein. Eine gute Schule für alle muss aus Sicht der Gewerkschaften zum bundesweiten Leitbild der Schulreformen werden. Weitgehend ist das traditionelle dreigliedrige Schulsystem durch ein zweigliedriges abgelöst worden. In einigen Bundesländern sind neue, stärker integrierende Schulformen entstanden, allerdings ohne die traditionellen abzulösen. Diese Reformen haben bisher nicht zu erkennbar qualitativen Verbesserungen geführt, im Gegenteil: Der Bedarf nach sonderpädagogischer Betreuung steigt signifikant an. ver.di setzt sich für eine

gute Schulbildung ein, auch damit Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus benachteiligten Familien faire Bildungschancen bekommen (aus Antrag G 001, beschlossen beim ver.di-Bundeskongress 2015).

3.10 Inklusive Gesellschaft

ver.di setzt sich dafür ein, dass unsere Gesellschaft bei der Gestaltung aller Lern-, Arbeits- und Lebensbedingungen Inklusion im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) umsetzt. Angestrebt wird eine inklusive Gesellschaft, die von vornherein die vielfältigen Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigt und in der alle Menschen ohne Unterschied gleichberechtigt zusammenleben. Eine Kultur der Inklusion und Nichtdiskriminierung, eine Kultur der Vielfalt zielt auf gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung, aber auch auf gleiche Chancen unabhängig von Migrationshintergrund und Religionszugehörigkeit, kultureller Identität, geschlechtlicher Zuordnung bzw. Identität und für Menschen jeden Alters.

Behinderten und von Behinderung bedrohten Menschen muss eine inklusive (selbstbestimmte und gleichberechtigte) Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ermöglicht werden.

1. Inklusiv – von Anfang an

Über spätere Chancen im Berufsleben entscheidet wesentlich bereits der schulische Erfolg. ver.di fordert ein inklusives Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungssystem, beginnend von Krippe/Kita, in dem Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung gleichermaßen faire Bildungschancen haben und gemeinsam lernen. Bildungsbiografien über die Förderschulen sollten die optimale spezifische Förderung von Kindern mit zusätzlichen Bedürfnissen gewährleisten, waren aber für viele Kinder und Jugendliche der Einstieg in Sonderwege, aus denen die Rückkehr in Regelsystem schulischer und beruflicher Bildung oft nur schwer gelang. Seit der Ratifizierung der UN-BRK gibt es inzwischen gute Ansätze eines inklusiven Bildungssystems. Aber es zeigt sich verstärkt, dass das inklusive Bildungssystem unter dem Diktat leerer öffentlicher Kassen und der damit verbundenen Haushaltskonsolidierung leidet.

Das hat zur Folge, dass weder das Lehrpersonal noch andere pädagogische Kräfte für das Thema Inklusion ausreichend vorbereitet und qualifiziert wurden. Viele Einrichtungen sind unzureichend mit personellen und materiellen Ressourcen ausgestattet. Auch die notwendigen baulichen Gegebenheiten sind oftmals nicht vorhanden. Für ver.di gilt: Inklusion darf nicht das »Tarnmäntelchen« von Einsparvorhaben bei der Bildungsförderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung sein.

Grundsätzlich setzt sich ver.di für den weiteren Ausbau eines einheitlichen inklusiven Bildungssystems in allen Bundesländern ein. Dabei müssen die Bundesländer gegebenenfalls mit Unterstützung aus Bundesmitteln für die notwendige Ausstattung sorgen. Dies heißt unter anderem, dass Bildungseinrichtungen mit ausreichenden materiellen, personellen sowie sonder- und sozialpädagogischen und pflegerischen Ressourcen ausgestattet werden müssen. Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif. Nur wenn die Rahmenbedingungen stimmen, kann Inklusion auch gelingen (aus Antrag F 087, beschlossen beim ver.di-Bundeskongress 2015).

3.11 Gleichstellungspolitik

Der Bundesvorstand wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Förderung von beruflichem Aufstieg und von Führungspositionen gendergerecht, mit besonderem Fokus auf die Stärkung und Förderung von Frauen in Führungspositionen, erfolgt. ver.di nimmt nachhaltig darauf politisch Einfluss, dass dieses Ziel über gesetzliche Regelungen für Unternehmens- und Arbeitsmarktpolitik verpflichtend wird:

- gezielte Förderung durch Mentoring- oder Coaching-Programme, verbindlich und nachhaltig;
- Weg von der Tradition, Führungspositionen mit Vollzeitarbeit und ständiger Erreichbarkeit zu verbinden;
- Schutz und Erhalt der Führungsposition nach Rückkehr aus Elternzeit und/oder Wechsel in Teilzeit;
- verbesserte Teilzeitkultur mit Rückkehrrecht in Vollzeit, einschließlich der Möglichkeiten von Teilzeit auch in Führungspositionen;
- Wiedereinstiegsprogramme nach der Familienphase;
- Gesundheitsförderung;

- Recht auf Fortbildung und Weiterqualifizierung;
- »50plus« – Förderung des beruflichen Aufstiegs;
- verbindliche Vorgaben zur Frauenförderung. (aus Antrag K 105, beschlossen beim ver.di-Bundeskongress 2015).

3.12 Familie und Beruf

ver.di wirkt auf die Arbeitgeber ein,

- dass Unternehmen Maßnahmen einsetzen, die gleiche Chancen für die Karriere von Frauen und Männern ermöglichen. Eine neue »Verfügbarkeitskultur« ist dagegen kontraproduktiv. Sinnvoll sind flexible Arbeitszeitmodelle, Familienfreundlichkeit und Gleichstellung im Betrieb;
- dass während der familienbedingten Erwerbsunterbrechungen (zum Beispiel Elternzeit) den Beschäftigten die Möglichkeit zur Teilnahme an betrieblichen Weiterbildungsprogrammen gegeben wird, um die fachlichen Qualifikationen aufrechtzuerhalten. Weitere Kontaktpflege (zum Beispiel jährliche Informationsgespräche zu den neuesten Entwicklungen im Unternehmen) sollen ebenfalls angeboten werden;

- dass Unternehmen zum Beispiel mittels eines Familienservice-Unternehmens einen Rahmenvertrag über Leistungen wie zum Beispiel Vermittlung von Kinderbetreuung, Beratung für Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter mit pflegebedürftigen Angehörigen und Vermittlung von Pflegepersonal abschließen. Die Beschäftigten können den Service des Familienservice-Unternehmens kostenfrei nutzen.

ver.di wirkt auf die Politik/Gesetzgebung ein,

- dass der Gesetzgeber endlich auf Regelungen verzichtet, die den beruflichen Ausstieg von Frauen direkt oder indirekt fördern oder verlängern (zum Beispiel Ehegattensplitting und Betreuungsgeld). Denn je länger der Ausstieg aus der Erwerbsarbeit, desto schwieriger ist es, in eine adäquate berufliche Position zurückzukehren;
- dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer ermöglicht wird. Deshalb braucht es dafür einen qualifizierten und quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung (Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztagschule und Horte). Zusätzlich braucht es einen Rechtsanspruch auf Rückkehr aus Teilzeit in Vollzeitbeschäftigung, damit nach

einer familienbedingten Reduzierung die Arbeitszeit wieder aufgestockt werden kann; (aus Antrag K 101, beschlossen beim ver.di-Bundeskongress 2015).

3.13 Migration und Integration

Das gewerkschaftliche Engagement von ver.di gründet sich auf Solidarität und Respekt gegenüber allen Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Alter und Hautfarbe – mit dem Ziel, gemeinsam für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller zu kämpfen. Eine aktive Politik der Nichtdiskriminierung und Gleichstellung in den Betrieben und Verwaltungen, aber auch darüber hinaus ein breites gewerkschaftliches Engagement für mehr gesellschaftliche und politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten gehören für ver.di untrennbar zusammen, sie sind Bausteine für eine diskriminierungsfreie Arbeitswelt und eine solidarische Gesellschaft ...

Wenn in der Debatte um Einwanderung Erwägungen dominieren, in denen offensiv die Klassifizierung von Menschen entlang von Nützlichkeiten und ökonomischer Verwertbar-

keit vorgenommen wird, leistet dies einem ausgrenzenden Denken Vorschub, das nicht nur Migrantinnen und Migranten betrifft. Die Stigmatisierung von Erwerbslosen und die wachsenden Vorbehalte gegenüber Menschen mit muslimischer Religionszugehörigkeit sind in ihrer spaltenden und populistischen Grundausrichtung verwandt. Die auf diese Weise genährte Aufheizung der Gesellschaft gegen soziale Gleichheit ist eine der ideologischen Voraussetzungen für den Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien. ...

Als ein verbindender Ort von Menschen, die für die gleichen Interessen eintreten, lehnt ver.di es ab, wenn in der integrations- und migrationspolitischen Debatte zwischen einem »Wir« und »den Anderen« unterschieden wird. Allen hier lebenden und arbeitenden Menschen dürfen grundlegende demokratische Rechte nicht abgesprochen werden (aus Antrag K 011, beschlossen beim ver.di-Bundeskongress 2015).

ver.di unterstützt nachdrücklich die zahlreichen Willkommensinitiativen, das Entgegenkommen und die Hilfsbereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger, die zeigen, dass auch und gerade in Deutschland ein menschlicher Um-

gang mit Flüchtlingen möglich ist! ... Für ver.di gibt es keinen Platz für Fremdenhass und rassistische Gewalt – nicht in Europa, nicht in Deutschland ... Menschen, die aus politischen Gründen oder wegen ihrer Religion, Nationalität oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe verfolgt werden, oder denen Gefahr für Leib und Leben droht, haben ein Recht auf Schutz und Asyl. Sie haben das Recht auf ein zügiges und faires Verfahren zur Prüfung und Anerkennung ihrer Fluchtgründe. Sie haben ein Recht darauf, ein eigenbestimmtes Leben in der Aufnahmegesellschaft zu führen, indem sie ihren Lebensunterhalt mit Guter Arbeit bestreiten und zu anerkannten Mitbürgerinnen und Mitbürgern werden können. Eine Verschlechterung des Asylrechts und der Leistungen für Geflüchtete lehnt ver.di ab (aus Antrag I 005, beschlossen beim ver.di-Bundeskongress 2015).

ver.di setzt sich dafür ein, die Debatten um Einwanderung und Integration zu versachlichen und Migration und Mobilität als Normalzustand zu verstehen. Es lässt ver.di-Mitglieder nicht unberührt, wenn Armut, Entbehrungen und die Hoffnung auf ein besseres Leben, andere Menschen dazu zwingen, temporär oder dauerhaft ihr Herkunftsland zu verlassen, um

in der Bundesrepublik Deutschland eine neue Heimat mit besseren Erwerbsmöglichkeiten zu suchen.

Spätestens mit der Etablierung der Freizügigkeit in der EU kann nicht mehr die Frage nach dem »ob« von Migration gestellt, sondern muss das »wie« der Ausgestaltung von Prozessen der Migration in den Mittelpunkt gerückt werden. Ein Arbeitsmarkt der guten Löhne, menschenwürdiger Beschäftigungsverhältnisse und sozialer Absicherung dient nicht nur den Beschäftigungschancen der eingewanderten Menschen, sondern auch ihrer materiellen und sozialen Teilhabe, sprich der gesellschaftlichen Integration (aus Antrag K 011, beschlossen beim ver.di-Bundeskongress 2015).

3.14 Klimawandel und Energie

Klimaschutz durch kluge Energiepolitik

ver.di setzt sich nach wie vor für die schnellstmögliche weltweite Stilllegung aller Kernkraftwerke ein. ver.di fordert die Bundesregierung auf, die Exportförderung für Kernkraftanlagen durch Hermes-Bürgschaften zu beenden. Außerdem muss sich die Bundesregierung innerhalb der EU stärker dafür einsetzen, dass Subventionen für den Neubau von

Kernkraftwerken als nicht mit den EU-Verträgen vereinbar eingestuft werden. ver.di unterstützt grundsätzlich eine einheitliche, kodifizierte EU-Energiepolitik, die realistische und verbindliche Ausstiegsfahrpläne aus der Kernenergie in allen Mitgliedsstaaten festlegt. Der Neubau von Kernkraftwerken muss weltweit gestoppt werden. Ebenso müssen alle Energieanlagen und Einrichtungen, die Teil der Kernenergieproduktionskette sind, wie zum Beispiel Urananreicherung und Brennelementeherstellung stillgelegt werden.

Die Förderung über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) war im Strombereich erfolgreich und hat dazu geführt, dass Windenergie und Photovoltaik inzwischen konkurrenzfähig sind. Um dies zu erreichen, war eine lange Phase der Markteinführung erforderlich. Jetzt müssen und können die Betreiber der erneuerbaren Energien ihren Strom direkt vermarkten. Dies begrüßt ver.di.

Die Energiewende muss weitergehen. Alle Maßnahmen, alle Bestandteile des zukünftigen Energiesystems müssen sich an der Vorgabe messen, die Belastung mit Klimagasen bis

2050 um mindestens 80 Prozent zu reduzieren – nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in allen Industriestaaten. Ziel bleibt damit, die Energieerzeugung bis 2050 vollständig auf erneuerbare Ressourcen umzustellen. Hierzu sind ehrgeizige Zwischenziele für die Bundesrepublik Deutschland, die EU und weltweit durchzusetzen. ver.di unterstützt das Zwischenziel, den Ausstoß an Kohlendioxid (CO₂) in der Bundesrepublik Deutschland bis 2020 um mindestens 40 Prozent zu reduzieren (aus Antrag I 001, beschlossen beim ver.di-Bundeskongress 2015).

Kapitel 4: Beschlüsse zur AfD

4.1 Gerecht geht anders! Unsere Alternative heißt Solidarität

Zentraler Arbeitskreis Offensiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus, 19. März 2017

(Der ZAKO ist der »Zentrale Arbeitskreis offensiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus« auf der Bundesebene von ver.di. Dieser Arbeitskreis unterstützt Aktivitäten innerhalb

der Gewerkschaft ver.di, vernetzt sich mit anderen Organisationen und bündelt Sachkenntnisse und Erfahrungen. Darüber hinaus erarbeitet der ZAKO Handlungshilfen und stellt diese bereit.)

Wir haben viele gute Vorstellungen, wie wir gern leben und arbeiten wollen: Gute Arbeit mit existenzsicherndem Einkommen, soziale Sicherheit, erschwingliches Wohnen, Zugang

zu einer öffentlichen Infrastruktur mit guten Leistungen in der Kinderbetreuung, Gesundheit, Bildung, Nahverkehr und vieles mehr. Und natürlich eine friedliche Welt, frei von Not, Leid und Armut.

Doch in Deutschland nimmt die soziale Spaltung zu. Menschen im größten Niedriglohnssektor der EU leiden unter prekären Bedingungen. Andere befürchten den sozialen Abstieg.

Die Antworten der Regierungen auf diese Krise helfen nicht. Im Gegenteil: Trotz Haushaltsüberschüssen betreiben sie mit Schuldenbremse und rigider Sparpolitik den Rückbau des Sozialstaates, verursachen die Not von Kommunen und wachsende Armut von vielen Familien. Die Vermögen und Einkommen der Superreichen schonen sie mit einem Steuerunterbietungswettbewerb.

Auch in der Welt um uns herum sieht es nicht gut aus: Waffenexporte und Kriege führen auch mit Beteiligung von Deutschland und anderen NATO-Staaten zu tausendfachem Tod, Leid und weltweiten Fluchtbewegungen. Terror wächst als Folge einer Spirale von Eskalation. Menschen fliehen vor unerträglicher Not, Armut und Leid aus zerstörten Ländern und Städten. Mehr als 65 Millionen Menschen haben weltweit ihre Heimat verlassen, so viele wie noch nie seit dem zweiten Weltkrieg. Sie fliehen auch nach Europa, in die Länder der EU. Sie riskieren ihr Leben bei der Flucht. Seit 1988 wurde dabei das Mittelmeer für zehntausende Menschen zum Grab. Und das Sterben findet kein Ende. Die Flüchtenden kommen oft in Italien, Griechenland oder Spanien an, wo aktuell die Menschen unter der schwersten

wirtschaftlichen Krise seit Gründung der EU leiden. In Südeuropa ist jeder zweite erwerbsfähige Jugendliche ohne Arbeit und Einkommen und vor allem auch ohne mittelfristige Perspektive.

In dieser Situation treten in der EU rechte, »populistische« und nationalistische Parteien mit erkennbarem Zuspruch in der Bevölkerung auf. Sie profitieren stark von den politischen Verwerfungen und Zuspitzungen durch die europaweit betriebene neoliberale Politik und auch der konzeptionellen Schwäche anderer Parteien. In Deutschland formiert sich die AfD als selbsternannte »Alternative« für unser Land.

Die AfD – wer ist das?

Das Profil der AfD hat sich gewandelt. Konservative Wirtschaftsliberale verließen die AfD, gründeten eine neue Partei, die bei den Wahlen ohne Erfolg blieb. Die neue Führungsgruppe der AfD positioniert sich noch deutlicher am rechten Rand des politischen Spektrums, bis hin zu den unerträglichen Entgleisungen des Bundesvorstandsmitglieds B. Höcke über den industrialisierten Massenmord an den europäischen Juden.

Die AfD formiert sich auf kommunaler, Landes- und Bundesebene und zusammen mit ihren rechten Kumpanen im Europäischen Parlament. Diese neue Rechte findet Unterstützung in Teilen des Landes, und mit jedem Tabubruch erweitert sie das Terrain und den Handlungsspielraum auch für die militante Rechte. Die Distanzierung vom historischen Faschismus dient allenfalls als taktisches Manöver. Öffentlich bekannte Neonazis laufen bei AfD-Aufmärschen mit – und keinen dieser Demonstrant*innen stört es. Ex-Funktionäre der NPD und andere rechtsextreme Ideologen arbeiten AfD-Strukturen und -Fraktionen in den Parlamenten zu. In der AfD finden sich Leute, die antisemitische Witze gut finden, die aus der NPD kommen oder mit der NPD z.B. auf kommunaler Ebene zusammenarbeiten, die ihre rassistische Einstellung aggressiv zur Schau stellen.

Die AfD behauptet, eine »Schwächung Deutschlands« in der und durch die EU, besonders seit der Einführung des Euro. Sie fordert eine noch weiter verschärfte und völkisch orientierte neoliberale Wirtschaftspolitik (mehr Markt, weniger Staat), die Ausgrenzung derer, die in ihren Augen nichts leisten, wie »Arbeitslose«, »Sozialbetrüger« und auch »Asylanten«;

die Ausgrenzung von Muslimen, die sie pauschal als »nicht integrierbar« bezeichnen. Sie verlangt eine ökonomisch ausgerichtete Regulierung der Zuwanderung: Kommen darf nur, wer wirtschaftlich »wertbar« ist. Sie tritt dafür ein, dass der Sozialstaat ausschließlich auf die »Sicherung für Notlagen« reduziert wird: »die Familie als Keimzelle gesellschaftlicher Solidarität«. Frauen im Erwerbsleben sind für die AfD Ergebnis von »falsch verstandenem Feminismus«.

Die AfD hält nichts von gewerkschaftlich organisierter Vertretung von Arbeitnehmer*innen-Interessen. Das Thema betriebliche Mitbestimmung kommt in den Wahlprogrammen der AfD überhaupt nicht vor. Die Interessengemeinschaft »Arbeitnehmer in der AfD« (AidA) unterstellt sogar pauschal allen Betriebsräten, dass diese sich nicht in erster Linie für die Interessen der Beschäftigten einsetzen, sondern auf Seiten der Arbeitgeber stünden. Darüber hinaus fordert AidA, dass Betriebsräte »unabhängiger von gewerkschaftlichen Einflüssen« werden. Die AfD fordert »Vereinfachungen (...) beim betrieblichen Beauftragtenwesen, bei betrieblichen Sicherheitsbestimmungen oder auch beim Mindestlohn«, was nicht weniger ist als der Frontalangriff auf so-

ziale Mindeststandards, die wir in Jahrzehnten harter gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen erkämpft haben.

Die AfD verunglimpft die Gesamtschule als »nach unten nivellierende Einheitsschule« und fordert die strikte Trennung von Schüler*innen ab der fünften Klasse in das dreigliedrige Schulsystem mit dem Ziel »der Abkehr von geschwätziger Kompetenzorientierung« auf Basis von »Leistungsbereitschaft und Disziplin«.

Die AfD will den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zerschlagen. Sie spricht sich unter anderem für eine »deutsche Leitkultur« aus. Sie vertritt die Meinung, dass die Kulturpolitik durch den Staat »ideologisch beeinflusst« würde und will ihre Kulturpolitik an »fachlichen Qualitätskriterien« und »ökonomischer Vernunft« ausrichten. Die Forderung der AfD, dass in Zukunft nur noch EIN bundesweites Radio- und Fernsehprogramm ausgestrahlt werden soll, ist nichts anderes als die Forderung nach der Zerschlagung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, seiner Vielfalt an Sendern, Wellen und letztlich seiner Vielfalt an Meinungen.

Die AfD ruft nach dem starken Staat für die »Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung«.

Nicht alle Mitglieder und Sympathisierenden teilen alle diese Ziele. Je nach Situation und Bedarf betonen die AfD-Strategen mehr das eine oder das andere. Es ist für die Partei von Vorteil, sich nicht genau zu positionieren, weil sie dies (Protest-) Wähler*innenstimmen kosten würde.

Wie sehen wir das als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter?

Solidarität kann nicht beschränkt sein auf die »Leistungsträger« in der Gesellschaft. Als Gewerkschafter*innen wollen wir eine Gesellschaft, in der diejenigen unterstützt werden, die Unterstützung benötigen. Solidarität gilt nicht nur für die Arbeitenden, sondern auch für Erwerbslose, Flüchtlinge, für alle sozial Benachteiligten.

Gewerkschaftspolitik endet nicht am Betriebsstor. Als Gewerkschaften sind wir gemäß Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes auch aufgefordert, uns um die Wirtschaftsbedingungen in unserem Land zu sorgen und zu kümmern, das heißt, auch um die Art und Weise, wie wir miteinander leben. Deswegen stellen wir auch gesellschaftspolitische Forderungen auf:

Eine solidarische Gesellschaft und soziale Gerechtigkeit beginnt mit einer Politik, die gleichberechtigte Zugangs- und bessere Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen eröffnet.

Wir streiten für eine gesetzlich gesicherte Rente, die ein gutes Leben ohne Armut im Alter sichert; für einen tatsächlich existenzsichernden Mindestlohn; für eine menschen- und völkerrechtsorientierte Flüchtlings- und Asylpolitik, die der Leistungsfähigkeit und vor allem auch Verantwortung Deutschlands gerecht wird; für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge wie zum Beispiel Gesundheit, Verkehr, Kultur und Infrastruktur. Mit anderen Worten: Wir wollen ein soziales und demokratisches Deutschland in einem sozialen und demokratischen Europa, das den Ausgleich und den Zusammenhalt der Menschen fördert.

Diesen grundgesetzlichen Auftrag will uns die AfD streitig machen. Vor allem der neoliberale Flügel stellt auch den Kernbereich unseres gewerkschaftlichen Handelns, das Streikrecht, infrage. Wir lehnen jede Politik ab, die unser Grundrecht auf Streik beschränkt und reguliert.

Die AfD ist keine Partei für Arbeitnehmer*innen und auch keine Partei der sogenannten »kleinen Leute«. Sie vertritt nicht unsere Interessen als abhängig Beschäftigte und schon gar nicht als Erwerbslose.

In der Vergangenheit haben rechtskonservative, deutschnationale Parteien eine üble Rolle gespielt. Sie waren 1932/33 Steigbügelhalter für den deutschen Faschismus, der für Tausende Gewerkschaftsmitglieder Terror, Folter und Tod in den Konzentrationslagern bedeutete, der den Völkermord an den europäischen Juden, Sinti und Roma betrieb, und der mit dem zweiten Weltkrieg und über 60 Millionen Toten mehr als einen ganzen Kontinent verwüstete. Das Erstarken von rechten, deutschnationalen Bewegungen und Parteien verhindern wir nur, wenn es uns gelingt, ihnen den Nährboden zu entziehen.

Das ist keine leichte Aufgabe. Wir wollen eine Politik für Sozialstandards, die global wirken, für ein soziales Europa mit demokratischen und sozialen Grundrechten, mit existenzsichernden Mindestlöhnen und guter Arbeit, mit starken politischen und sozialen Menschenrechten, auch für Flüchtlinge und Migrant*innen. Dafür stehen wir als Gewerk-

schaft und als Gewerkschafter*innen. So wollen wir in Zukunft frei und solidarisch mit allen Menschen friedlich und ohne Not leben.

Als Gewerkschafter*innen kämpfen und streiten wir für eine bunte, faire, respektvolle und solidarische Gesellschaft auf Basis der allgemeinen unveräußerlichen Menschenrechte.

Die AfD hetzt und marschiert für eine völkisch differenzierte, Privilegien verfestigende, exklusive und ausgrenzende nationale Volksgemeinschaft, in der Rechte nur denen zugestanden werden, die ihrer Meinung nach »dazu« gehören.

Deshalb ist die AfD KEINE Alternative für abhängig Beschäftigte und Erwerbslose und schon einmal gar nicht für Gewerkschafter*innen!

»Ja!« zum Protest. »Nein!« zur AfD. Unsere Alternative heißt Solidarität!

4.2 Die AfD – keine Alternative für Erwerbslose

Landeserwerbslosenausschuss
ver.di Bayern, 6.9.2016

»Mut zur Wahrheit« – eine kritische Auseinandersetzung mit den Zielen der AfD zur Arbeits- und Sozialpolitik

Aus Einzelteilen der Programme der AfD ein Puzzle mit dem Focus auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der AfD zusammensetzen ist erforderlich, um diese Partei in der Öffentlichkeit mit ihrer »Wahrheit« bzw. ihrem Verschweigen konfrontieren zu können.

Die AfD spricht jene an, denen 25 Jahre wirtschaftliche Erfolge und Wohlstand entgangen sind, diejenigen, die Agenda-Politik und 11 Jahre Hartz-IV erlebt haben. Es sind vor allem die mittleren Jahrgänge im Alter zwischen 30 und 59 Jahren, in denen die AfD überdurchschnittlich erfolgreich ist. In der Arbeiterschaft, bei Erwerbslosen und bei Geringverdienern kann die AfD am meisten

punkten. Und es sind mehr Männer als Frauen, die AfD wählen.

(Im Jahr 2015 waren in Deutschland mindestens 4,3 Millionen erwerbsfähige Menschen arbeitslos und 6,2 Millionen Menschen waren Hartz IV-Empfänger als Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft (Statistik Agentur für Arbeit 2016). Wegen statistischer Tricks der Bundesagentur dürfte die Zahl allerdings noch höher liegen.) Hier liegt ein nicht zu unterschätzendes Wählerpotential. Und deshalb ist es nicht verwunderlich, dass das Thema Hartz IV in der öffentlichen Diskussion von der AfD gemieden wird.

In AidA, Arbeitnehmer in der AfD, heißt es: »... stellen Arbeitnehmer ein nicht unerhebliches Wählerpotential für die AfD dar.« Das erklärt, warum es bei der AfD Bemühungen gibt sich trotzdem, wenn auch nur rudimentär, ohne Mitwirkung von Fachleuten oder Betroffenen, einseitig arbeitgeberlastig mit der Thematik zu beschäftigen.

»Die politische Gestaltung der Bedingungen des Erwerbslebens und aller Systeme, die den Erwerbslosen ausreichende Existenzbedingungen gewährleisten, gehört daher zu den bedeutungsvollsten Politikfeldern moderner Staatlichkeit«¹ steht auf den ersten Blick im

Widerspruch mit: »Es bedarf neuer Konzentration auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung.«²

Kein Widerspruch ist es, wenn man im AfD-Programm von der geplanten weiteren Verschlingung des Staats liest mit der Auflösung der Bundesagentur für Arbeit. »Danach gibt es nur noch einen öffentlichen Dienstleister am Arbeitsmarkt: das kommunale Jobcenter. Das entspricht einer flächendeckenden Ausdehnung des bereits praktizierten »Optionsmodells« bei Leistungen nach dem SGB II.«¹

Die Wahrheit über die AfD, die sich als Vertreter des »kleinen Mannes« und des »Volkes« gibt, ist, dass, neben ihren im Vordergrund stehenden, rechten, aggressiven Forderungen und Parolen zur Flüchtlingspolitik und Islam, eine radikale, neoliberale Politik steht.

»Wir denken und handeln wirtschaftsliberal und wertkonservativ. Niemals sollte es sich lohnen, staatliche Sozialleistungen leistungslos zu kassieren, anstatt zu arbeiten, soweit dies Alter und Gesundheit zulassen.«³

Das Vorhaben die paritätisch finanzierten Sozialversicherungen zu privatisieren, beginnend mit der Arbeitslosenversicherung, ist das ökonomisch Wichtigste in den arbeitsmarkt-

und sozialpolitischen Vorstellungen der AfD. Die aktuell praktizierte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist zweifellos generalüberholungsbedürftig.

Ein Kreuz auf dem Stimmzettel bei der AfD wird die Situation von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten ohne Zweifel weder verbessern noch die Möglichkeiten bieten, mit demokratischen, legalen Mitteln auch nur die geringste positive Änderung herbeizuführen, sondern die Situation der Betroffenen drastisch verschlechtern.

Folgende Themenbereiche sind für Erwerbslose relevant:

Die AfD hält nicht sehr viel von Gewerkschaften

»In den vergangenen Jahrzehnten sind innergewerkschaftliche Strukturen entstanden die einer Korrektur bedürfen, ...«⁴

»Die Betriebsräte vor Ort müssen unabhängig von gewerkschaftlichen Einflüssen gemacht werden ...«⁴

»Für die AfD sind Gewerkschaften ausschließlich da, um Arbeitnehmerinteressen im Betrieb und gegenüber Tarifpartnern zu ver-

treten. Stellungnahmen zu politischen Themen stehen Gewerkschaften nicht zu. ...«⁴

AfD-Sympathisanten, bestehen auf Rechten der Meinungsfreiheit wie »Wir lassen uns den Mund nicht verbieten« oder »Wir sagen unbequeme Wahrheiten«. Im Programm der AfD werden Gewerkschaften und damit denjenigen, die sie vertreten, Erwerbslose und Beschäftigte, jedoch diese Rechte verwehrt. Ohne Gewerkschaften wären neoliberale Arbeitsmarktvorstellungen ohne Widerstand umsetzbar.

»Deshalb fordern wir eine Beendigung aller direkten und indirekten Förderprogramme für Linksextremisten und linksextremistische Organisationen. Vereine, die Kontakte zu derartigen Organisationen unterhalten, dürfen keine Steuergelder erhalten. ...«⁵

Damit ist ausgedrückt, wie weit sich die AfD im Denkansatz politisch nach rechts bewegt, bis hin zur Verfolgung linker Organisationen.

Mindestlohn

Ohne Mindestlohn hätten Erwerbslose, speziell Hartz IV-Empfänger, wenig Chancen dem Kreislauf Niedriglohnsektor zu entkommen.

»Wir bekennen uns zum gesetzlich definierten Mindestlohn.«¹ und AidA ergänzt es um:

»... dass die Qualifikation eines Arbeitnehmers die Bezugsgröße beim Entgelt sein muss und nicht ein festgeschriebener, gesetzlich definierter Mindestlohn.«, womit der gesetzliche Mindestlohn zum Papiertiger wird. Mit »Der Abbau bürokratischer Hindernisse und Auflagen muss ebenso umgesetzt werden, die Administration mit dem Mindestlohn vereinfacht werden, da diese derzeit einen nicht unerheblichen Anteil am zeitlichen Aufwand bei Arbeitgebern abfordert.« und »Wir wollen keine sittenwidrigen Löhne, aber auch keine Lohnfestsetzungen durch den Staat in der privaten Wirtschaft.«⁵ wird klar, dass Arbeitgeber von Kontrollen entlastet werden sollen und sich die AfD vom Mindestlohn bereits verabschiedet hat.

Kontrollmechanismen und Offenlegung werden von der AfD stattdessen an Positionen gefordert, die mit Wirtschaft oder Vermögen nichts zu tun haben, sondern u.a. bei Organisationen, die als potentielle Gegner oder Bremsen des Neoliberalismus gelten.

»In unserem Land hat sich eine Sozialindustrie mit Selbstbedienungsmentalität entwickelt. Die Geschäftsführer einiger Wohlfahrtsverbände und Sozialunternehmen kassieren höhere Gehälter als die Kanzlerin

und erhalten riesige Pensionsansprüche, auch von unserem Steuergeld finanziert. Die AfD verlangt die Offenlegung der Zahlungen und unterstützt die Forderung des Landesrechnungshofs nach einem Prüfungsrecht.«⁶

Armut

Betroffen von Armut sind je nach Definition und Region deutschlandweit ~20%, Tendenz steigend. Finanziell Verarmte werden von der AfD zum Teil als Opfer inszeniert, im Sprachgebrauch und Auffassung aber als Schuldige gesehen. Für Flüchtlinge heißt das »Schluss mit Multikulti« bei Armut werden Begriffe wie »Sozialromantik« verwendet. »Dadurch wächst die Gefahr, dass aus einer organisierten Hilfe für Menschen in Not eine soziale Hängematte für Betroffene und eine lukrative Einkommensquelle für findige Sozialunternehmer und ihre Mitarbeiter wird.«⁵

Zur Bekämpfung der Armut ... »Der beste Schutz gegen Krankheit und Armut sind intakte Familien, Bildung und Arbeit«⁵ ... setzt die AfD auf die Familie als Teilersatz für die sozialen Leistungen, die der Verschlinkung des Staates geopfert werden sollen.

»Viele Politiker der Altparteien haben wenig Interesse an der Aufklärung, da sie selbst in

den Gremien von Sozialdiensten sitzen. Die AfD wird dafür sorgen, dass das Geld von Steuerzahlern und Spendern wieder den Bedürftigen zu Gute kommt.«⁶

Insgesamt fällt der AfD nicht viel ein. Es kommt eine Umverteilung zur Sprache, die in ihrer neoliberalen Zielsetzung ignoriert, wo sich das Kapital befindet. Anstatt Banker, Manager, Konzernvorstände, Erben, Millionäre und Milliardäre in die Verantwortung zu nehmen, ... »Eine gesetzliche Beschränkung, auf bspw. das 20-fache eines Managergehalts im Vergleich zum durchschnittlichen Arbeitslohn, wird aber dem Ziel nicht gerecht werden, da wir der sozialen Marktwirtschaft die Freiheit und Verantwortung einräumen wollen und werden, ...«⁴ ... werden diesen weitere Freiheiten eingeräumt. »Die AfD steht für eine bewusste Willkommenskultur für Gründer und Unternehmer!«⁵

Menschenwürde und Menschenrechte sucht man in sämtlichen Programmen der AfD vergeblich.

Entkernung der sozialen Sicherungssysteme

Große Teile dieser Partei wollen, dass die Sozialversicherungen nur noch von Arbeit-

nehmern finanziert werden. Die Arbeitslosenversicherung soll als erstes komplett privatisiert werden.

Eine Privatisierung der Arbeitslosenversicherung wäre ein drastischer Schritt weg von der paritätisch finanzierten Arbeitslosenversicherung und würde eine Erhöhung der Zahlung für Arbeitnehmer*innen bedeuten bei gleichzeitiger Minderung der Leistungen. Gewinner wären einzig Arbeitgeber, die befreit wären von ihrem Sozialversicherungsbeitrag und die Versicherungswirtschaft.

Mit dem von der AfD propagierten »Mut zur Wahrheit« will diese Partei in einem für das Parteienspektrum der Bundesrepublik Deutschland außergewöhnlichen Umfang die staatlichen sozialen Sicherungssysteme massiv entkernen. Die Dimension und geplante Geschwindigkeit der Umsetzung derartiger Forderungen ist größer als bei allen anderen deutschen Parteien. Selbst wirtschaftsliberale Abgeordnete halten sich mit Vorschlägen, grundlegende Systeme der sozialen Sicherung abzuschaffen, eher zurück. Wohl auch weil sie wissen, wie wenig Rückhalt sie mit derartigen Forderungen in der Bevölkerung hätten.

Arbeitslosenförderung

Hier tritt die AfD für eine »Reduzierung arbeitsmarktpolitischer Instrumente« ein, da die Wirtschaftsverbände »ein natürliches Interesse an einem großen Arbeitskräfteangebot« hätten. »Jede Arbeitsmarktpolitik dagegen kann nur das Ziel verfolgen, die Arbeitslosenquote zu verringern, was aber die Auswahl für personsuchende Unternehmen schmälert. Aufgabe einer vernünftigen Wirtschaftspolitik ist es, beide Interessen zu beachten.«⁷

Hier zeigt die AfD ihr arbeitslosenfeindliches Gesicht: Sie orientiert sich am Bedarf der Unternehmen, der sich für ein großes »Arbeitskräfteangebot« ausspreche. So sollen Menschen gezielt in der Erwerbslosigkeit belassen werden und scheinheilig wird von »beide Interessen« geredet. Notwendig ist dagegen, die Rechte von Erwerbslosen auszubauen und die Qualität von Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen deutlich zu erhöhen und finanziell zu sichern.

Regelbedarf – Regelsatz

Eine Anhebung der Hartz-IV-Sätze oder eine Abschaffung der Sanktionen kommt für die AfD nicht infrage.

Die Parteichefin Frauke Petry will ausdrücklich keine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze. Aus ihrer Sicht »gefährden wir mit höheren Hartz-IV-Sätzen die finanzielle Leistungsfähigkeit aller Gebietskörperschaften« und deshalb lehnt sie entsprechende Forderungen des DGB ab.⁸ Lydia Funke, eine Abgeordnete der AfD in Sachsen-Anhalt will den Hartz-IV-Satz sogar absenken, »um die Leute wieder zu fordern, dass sie in Arbeit gehen«⁹

Das Programm der sächsischen AfD spricht sich außerdem für ein deutliches Lohnabstandgebot gegenüber der »Gesamtleistung ›Hartz IV‹ und der Bezahlung in unteren Lohngruppen« aus.¹⁰

Sanktionen

Die AfD nimmt bis jetzt zu den in der Öffentlichkeit heiß diskutierten Sanktionen keinen eigenen Standpunkt ein. Eine grundsätzliche Haltung zu Sanktionen fehlt völlig und es ist zu vermuten, dass das von der AfD oft geforderte »Eigenengagement« und die geforderte »Mitwirkung« der Erwerbslosen nur mit der Androhung von Zwangsmaßnahmen durchgesetzt werden.

Wie das »Eigenengagement« aussehen soll und welche Sanktionen bei Mangel des

»Eigenengagement« ausgesprochen werden, lässt die AfD deshalb derzeit bewusst offen.

Präventiv zur Arbeitseinstellung und zur Mitwirkung des Bürgers soll an Schulen gewirkt werden. Unter der Überschrift »Tugenden vermitteln!« wünscht die AfD neben den grundlegenden Kulturtechniken »die klassisch preußischen Tugenden Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein« als Lernziel der Schulen: »Um solche Tugenden zu vermitteln, bedarf es Autorität«. Weiterer Bildungsauftrag der Schulen: einen »positiven Bezug zu Deutschland« fördern.¹⁰

Bürgerarbeit statt Hartz IV

Die baden-württembergische AfD sprach sich in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016 für eine »Bürgerarbeit statt Hartz IV« aus. Nahezu identische Forderung haben die Landesverbände Bremen und Hamburg der AfD in ihren Wahlprogrammen zu den Bürgerschaftswahlen erhoben.¹¹ Nur der Landesverband Bremen hat die Forderung nach »Bürgerarbeit statt Hartz IV« um den Zusatz einer »fakultativen«, das heißt freiwilligen Tätigkeit ergänzt.¹² Die baden-württembergische AfD

hat auf diesen Zusatz jedoch verzichtet, wenn sie die Forderung aufstellt:

»Die AfD Baden-Württemberg setzt sich für ein Pilotprojekt ›Bürgerarbeit statt Hartz IV‹ ein. Unter Bürgerarbeit ist die Ausübung gemeinnütziger Arbeit durch Langzeitarbeitslose zu verstehen, die nicht unmittelbar in Konkurrenz zum Arbeitsmarkt steht. Bürgerarbeit soll ca. 30 Wochenstunden umfassen und mit ca. 1.000 EUR monatlich sozialversicherungspflichtig entlohnt werden.«¹³

Die Parteispitze kann und will keine konkreten Zahlen zu den erwarteten Kosten einer »Bürgerarbeit« für den Steuerzahler angeben. Von einschränkenden Kriterien, wie Wettbewerbsneutralität und Zusätzlichkeit ist keine Spur zu finden.

Wir sehen in einer mit Zwangsmaßnahmen verbundenen Bürgerarbeit einen Einstieg in eine Arbeitspflicht. Gleichzeitig würde damit die Pflicht der öffentlichen Haushalte, staatliche Dienstleistungen anzubieten, abgeschafft werden.

Gratis-Helfer

Freiwillige Helfer, speziell bei der Polizei, sind gern gesehen bei der AfD. Damit wird ein Instrumentarium des praktizierten Neoliberalismus

übernommen, um zur weiteren Verschlingung des Staats dem Bürger einen (billigen) Ersatz in seinem Sicherheitsbedürfnis zu bieten.

»Zur Unterstützung der Polizei wollen wir die Einführung einer Sicherheitswacht nach dem Muster der bayerischen und sächsischen Landespolizei prüfen. Der Einsatz der freiwilligen Polizeihelfer erfolgt unter Kontrolle und Anleitung von ausgebildeten Polizeibeamten.«⁶ »Die AfD setzt sich für die Wiedereinführung eines freiwilligen Polizeidienstes in Berlin ein.«⁵

Auswirkungen

Die AfD, gewählt in den Bundestag in einer wahrscheinlich zu erwartenden Größenordnung von >10%, hat zwei Optionen: sich an der Regierung zu beteiligen oder nicht. Diese Partei wird sowohl öffentlichkeitswirksam tätig werden mit Aktionen (Burka-Auftritt, GEZ-Gebührenverweigerung) im Bundestag, als auch mit Blockieren in den Gremien und Ausschüssen.

Bereits ohne Bundestagsmandat treibt sie etablierte Parteien nach rechts (Asylgesetze) und motiviert die Umsetzung konservativer Haltungen der Regierungsparteien (Verschär-

fung durch die Hartz-IV-Novelle, Vorschlag zum Regelbedarf). Sind sie erst in Gremien und Ausschüssen vertreten, wird sich das wesentlich deutlicher bemerkbar machen. Neben Blockade wird die AfD die Unterstützung neoliberaler, wertkonservativer, rechter Projekte betreiben.

Es ist im Bereich der Wahrscheinlichkeit, dass konservative Kreise der etablierten Parteien dann die Zusammenarbeit in bestimmten Projekten mit der AfD in Erwägung ziehen.

»Peter Radunski hat keine Funktion mehr in der CDU, aber eine Geschichte – als Berliner Kultursenator, vor allem aber als erfahrener, erfolgreicher, gewiefter, manche sagen auch: als genialer Wahlkampfmanager. Er weiß also nicht nur, worüber er spricht, sondern auch, wie es wirkt, wenn er mitten in den Wahlkampf von Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hinein seiner Partei empfiehlt, der AfD Koalitionsverhandlungen anzubieten, und zwar ›ernsthaft‹. ...«¹⁴

»Hannovers CDU-Ratsfraktionschef will die Zusammenarbeit mit der AfD nicht ausschließen...«¹⁵

Die AfD hat bereits massiven Schaden angerichtet. Das öffentliche Auftreten Rechter

wurde gesellschaftsfähig. Konservative Kreise fühlen sich motiviert den Neoliberalismus weiter zu pflegen und auszubauen.

Fazit

Die Unzufriedenheit der Wählerschaft mit der praktizierten Politik, speziell in der Flüchtlingsproblematik, angeheizt durch die AfD und rechte Organisationen, die die AfD unterstützen, generiert ein Widerstandsdenkmal gegen die etablierten Parteien, das die Folgen der Wahlen ausblendet.

Es ist in Parteiprogrammen und Veröffentlichungen der AfD absolut nichts zu entdecken, was Erwerbslosen wie Beschäftigten auch nur die geringste Verbesserung bringt. Gewinner der Vorhaben der AfD werden einzig Wirtschaft und Vermögende sein. Es zeichnet sich ab, dass mit einer Wahl der AfD beim Neoliberalismus der Turbo eingeschaltet wird. Verlierer werden Arbeiterschaft, Erwerbslose und Geringverdienende sein, die Enttäuschten, die mit den größten Abstiegsängsten. Die Hauptgruppe, die die AfD wählt, schadet sich damit selbst am meisten, es ist paradox.

Die AfD ist nicht nur für Erwerbslose in ver.di absolut inakzeptabel.

Quellen

- 1 Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, ARBEITSMARKT UND SOZIALPOLITIK
- 2 Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, DEMOKRATIE UND GRUNDWERTE
- 3 AfD Landesverband Hamburg, Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2015, S. 5: <https://alternative-hamburg.de/wp-content/uploads/2014/12/B%C3%BCrgerschaftswahl-Programm-D.pdf>
- 4 AidA Arbeitspapier April 2016
- 5 AfD Berlin Wahlprogramm
- 6 Wahlprogramm AfD Mecklenburg-Vorpommern
- 7 Landeswahlprogramm Sachsen-Anhalt 2016
- 8 AfD-Fraktion Sachsen. »Dr. Frauke Petry: Höhere Hartz-IV-Sätze gefährden den Sozialstaat«. Pressemitteilung vom 5.2.2015: <http://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/dr-frauke-petry-hoehere-hartz-4-saetze-gefaehrden-den-sozialstaat.html>, aufgerufen am 1.5.2016
- 9 Frontal 21. Bericht vom 08.03.2016. <https://www.youtube.com/watch?v=b9Jpw9rSu3o>
- 10 AfD Sachsen Wahlprogramm 2014, S. 10
- 11 AfD Landesverband Hamburg, Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2015, a.a.O., S. 25, aufgerufen am 1.5.2016
- 12 AfD Landesverband Bremen Wahlprogramm 2015, S. 15: <https://wahlprogramme.abgeordnetenwatch.de/2015/bremen/afd/blaetterkatalog/pdf/complete.pdf>, aufgerufen am 1.5.2016

- 13 Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg, S. 27: https://afd-bw.de/afd-bw/wahlprogramme/landtagswahlprogramm_afd_2016_1.pdf, aufgerufen am 1.5.2016
- 14 Vor der Berlin-Wahl: Ein Koalitionsangebot an die AfD ist obszön – Berlin – Tagesspiegel, 31.08.2016 18:14 Uhr
- 15 Niedersachsen: Blinker rechts? Sehnsucht nach dem Stahlhelm – taz.de, 01.09.2016

Folgende Texte dienen als Grundlage

Wie sozial ist die AfD wirklich? Eine Expertise zu Positionen in der AfD bei der Sozial- und Steuerpolitik KATHARINA NOCUN Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen im Juni 2016.
ver.di Argumentationskarten, AG »Rechtsextremismus« in ver.di Berlin-Brandenburg, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin
Arbeitspapier HARTZ IV – AfD des Landeserwerbslosenausschusses ver.di Bayern im August 2016
Fehler in den Quelltexten bitten wir zu entschuldigen.
Die Texte wurden original übernommen.

Kapitel 5: Zum Nachlesen

Literatur zu Kapitel 2: Geschichte der AfD

- Sebastian Friedrich: Der Aufstieg der AfD. Neo-konservative Mobilmachung in Deutschland, 2015
- Alban Werner: Was ist, Was will, Wie wirkt, Die AfD?, 2015
- Alexander Häusler/Rainer Roeser: Die rechten »Mut-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland, 2015
- Florian Hartleb: Bund freier Bürger – Offensive für Deutschland. Die Freiheitlichen, in: Frank Decker/ Viola Neu: Handbuch der deutschen Parteien, 2013
- Andreas Kemper: Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V., 2013
- Sebastian Friedrich: Chefsache AfD: Der Kontakt zwischen AfD und »mittelständischen Unternehmen« wird wieder enger, in analyse & kritik vom 20. September 2016

Literaturverzeichnis

- Butterwegge, Christoph/Bettina Lösch/Ralf Ptak: Neoliberalismus. Analysen und Alternativen, 2008
- Butterwegge, Christoph: Marktradikalismus und moderner Rechtsextremismus correctiv: Schwarzbuch AfD, 2017
- DGB-Bundesvorstand: Die AfD: auf dem Weg in einen völkisch-autoritären Populismus, 2017
- Friedrich, Sebastian: Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland, 2015
- Friedrich, Sebastian: Die AfD. Rechtspopulismus in Deutschland, 2017

- Funke, Hajo: Für die politische Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus und der politischen Entwicklung der AfD empfiehlt sich die Lektüre des Beitrags von Prof. Hajo Funke anlässlich des 30. Geburtstags der Gelben Hand im Nov. 2016, siehe http://www.gelbehand.de/fileadmin/user_upload/download/publikationen/Tagungsdoku_Fluechtlinge_schuetzen_Endversion.pdf
- Funke, Hajo: Von Wutbürgern und Brandstiftern: AfD – Pegida – Gewaltnetze, 2016
- Gelbe Hand: Handlungsempfehlungen der Gelben Hand zu Rassismus im Betrieb siehe <http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Handreichung-Betriebsraete/Handreichung-Betriebsraete.html?nn=6570036>
- Gießelmann, Bente u.a.: Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, 2016
- Hartleb, Florian: Bund freier Bürger – Offensive für Deutschland. Die Freiheitlichen, in: Frank Decker/ Viola Neu: Handbuch der deutschen Parteien, 2013
- Häusler, Alexander, Bernhard Müller u.a.: Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste I Abstieg der Mitte I Ressentiments – Eine Flugschrift, 2016
- Häusler, Alexander/Rainer Roeser: Die rechten »Mut-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland, 2015
- Häusler, Alexander/Rainer Roeser: Mut zur Wahrheit? Entstehungskontext, Entwicklung und gesellschaftspolitische Positionen der »Alternative für Deutschland«, 2015
- Häusler, Alexander: Die Alternative für Deutschland: Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, 2016
- Kellersohn, Helmut/Wolfgang Kastrup: Kulturkampf von rechts: AfD, Pegida und die Neue Rechte, 2016

- Kemper, Andreas: »... die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden.« Die Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der »historischen Mission« Björn Höckes (AfD)«, 2015
- Kemper, Andreas: Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – Eine Expertise, 2014
- Kemper, Andreas: Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V., 2013
- Nocun, Katharina: Wie sozial ist die AfD wirklich? Eine Expertise zu Positionen in der AfD bei der Sozial- und Steuerpolitik, 2016
- Röpke, Andrea: 2017 Jahrbuch rechte Gewalt: Chronik des Hasses, 2017
- Sommer, Bernd: Prekarisierung und Ressentiments: Soziale Unsicherheit und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, 2010
- Speit, Andreas: Bürgerliche Scharfmacher: Deutschlands neue rechte Mitte – von AfD bis Pegida, 2016
- ver.di Mittelfranken: Die AfD, ihr Programm und unsere ver.di-Positionen, 2017
- Weiß, Volker: Die autoritäre Revolte: Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, 2017
- Werner, Alban: Was ist, Was will, Wie wirkt, Die AfD? 2015
- Wissenschaftlicher Beraterkreis IG Metall und ver.di: Argumente 6/2017 – Auf dem Prüfstand: Die bildungspolitische Position der AfD: http://bildungspolitik.verdi.de/++file++598d727356c12f031c746bad/download/2017_08_Argumente_AfD_Endfassung.pdf
- Zick, Andreas/Beate Küpper: Wut, Verachtung, Abwertung: Rechtspopulismus in Deutschland, 2015
- Zwick, Andreas/Anna Klein: Fragile Mitte – Feindselige Zustände – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, 2014

